

7512/4
VOLKSBILDUNG UND SCHULWESEN.

Herausgegeben von Prof. Dr. Alois Egger.

VI.

ZUR GESCHICHTE

DER

OESTERREICHISCHEN

SCHULREFORM.

WIEN 1875.

ALFRED HÖLDER

K. K. UNIVERSITÄTS-BUCHHÄNDLER.

ROTHENTHURMSTRASSE 15.

39 B

89 Paed. 1822
Jh 1608 Geschichte
PROSPECT.

Keine andere Periode der österreichischen Geschichte brachte dem gesamten Bildungswesen ein so lebhaftes Interesse entgegen, als die unsere. Nach einer langen Stagnation ist die Schulwelt von einer allseitigen Bewegung ergriffen worden und die Besten arbeiten unermüdlich an der Hebung der Volksbildung.

Noch harren viele Fragen einer erspriesslichen Lösung. Das Verhältniss zwischen Schule und Kirche bedarf weiterer Klärung; der Begründung neuer Lehranstalten muss richtige Erkenntniss ihres Wesens und Wertes vorangehen, die humanistischen und realistischen Disciplinen bedrängen sich gegenseitig auf niederen und höheren Stufen des Unterrichtes; selbst die Methodik einzelner Lehrgegenstände ist nicht vollkommen sichergestellt. Nationale, kirchliche und politische Parteien suchen die Schule ihrem Interesse dienstbar zu machen und drängen sie in eine Stellung, welche der Lösung ihrer Aufgabe entschieden hinderlich ist.

Unter dem gemeinsamen Titel: „Volksbildung und Schulwesen“ wird **eine Reihe von Schriften** erscheinen, welche Angelegenheiten der Bildung und Schule behandeln, zwar durchweg gründlich und in fachmännischer Weise, jedoch so, dass sie im gebildeten Publikum Verbreitung finden können. — Ohne den Schulfreund mit den kleinen Sorgen des innern Schullebens zu belästigen, sollen diese Schriften demselben sichere Auskunft bieten über alle Angelegenheiten von Bedeutung. — Die Hefte von „Volksbildung und Schulwesen“ erscheinen nach Bedarf und Möglichkeit; sie sind an eine Periodicität nicht gebunden. Bei vorhandenem Material können auch mehrere auf einmal ausgegeben werden. — Zehn Hefte im Umfange von je circa 3 Druckbogen bilden einen Band; für Abnehmer eines solchen ist der Abonnementspreis auf fl. 4 festgesetzt, einzelne Hefte werden zu einem entsprechend höheren Ladenpreise abgegeben.

Erschienen sind:

1. Heft: Industrie und Schule in Oesterreich. Eine culturpolitische Studie von Dr. Alois Egger.

2. Heft: Die pädagogische Hochschule von Dr. G. A. Lindner.

3. Heft: Ein österreichisches Schulmuseum. Von Dr. Alois Egger.

4. Heft: Religiöse Übungen in der Schule von Prof. Heinrich Röck.

5. Heft: Die Fachbildung und Prüfung der Lehramtscandidaten für Mittelschulen von Dr. Mathias Wretschko.

6. Heft. Zur Geschichte der österreichischen Schulreform von einem Tiroler Schulmann.

Bestellungen werden durch jede Buchhandlung des In- und Auslandes oder auch direct von der Veriagshandlung übernommen.

Prof. Dr. Alois Egger,
Herausgeber.

Alfred Hölder,
Verleger.

ZUR GESCHICHTE
DER
OESTERREICHISCHEN
SCHULREFORM.

WIEN, 1875.

ALFRED HÖLDER,
K. K. UNIVERSITÄTS-BUCHHÄNDLER.
ROTHENTHURMSTRASSE 15.



I.

DAS VOLKSSCHULWESEN IN TIROL.

VON EINEM TIROLER SCHULMANN.

THE UNIVERSITY OF CHICAGO

LIBRARY

1.

In der Geschichte der neueren Cultur nimmt die Entwicklung des Volksschulwesens eine hochwichtige Stelle ein. Was der Fortschritt erkämpft und errungen hat, kann nur — dies fühlen wir alle — durch die Bildung des Volkes, für welche eben die Volksschule die erste und breiteste Grundlage zu schaffen die Aufgabe hat, zum dauerhaften, sicheren und fruchtbringenden Besitze künftiger Geschlechter werden. Die Wichtigkeit dieser Angelegenheit unserer Zeit mag denn auch den Versuch rechtfertigen, die bisherige Entwicklung, welche das Volksschulwesen in Tirol, diesem durch seine Natur wie durch seine Geschichte so interessanten deutsch-österreichischen Alpenlande, genommen hat und nimmt, weiteren Kreisen darzulegen und damit einen Beitrag auch zur allgemeinen Culturgeschichte zu liefern.

Werfen wir zuerst einen Blick auf die alte Volksschule in Tirol.

Ueber die geistlichen Schulen Tirols im Mittelalter ist wenig bekannt, jedoch scheinen solche wenigstens späterhin in den meisten Städten und Flecken des Landes bestanden zu haben. Lange Zeit hindurch wurde der Clerus im Auslande herangebildet, was um so erklärlicher ist, als zu Anfang des dreizehnten Jahrhunderts nicht weniger als vierzehn Bischöfe innerhalb des heutigen Umfanges des Landes kleinere oder

grössere Herrschaftsgebiete inne hatten und an Zahl und Macht den weltlichen Herren im Lande fast gleich standen, ja diese an Macht wohl noch überboten.

Die Reformation rief in Tirol aus verschiedenen Ursachen, von denen das unkirchliche Leben und die geistige und sittliche Verkommenheit des Clerus jener Zeit nicht die geringste war, eine tief in alle Schichten des Volkes eingreifende Bewegung hervor. Sie würde ohne Zweifel mit leichter Mühe und vollständig durchgedrungen sein, wenn nicht die habsburgische Politik, wie in den anderen österreichischen Ländern, so auch in Tirol die Erhaltung und Wiederherstellung des Katholicismus sich zur obersten Aufgabe gesetzt hätte. Es bedurfte grosser Anstrengungen und auch nicht selten blutiger Arbeit, bis endlich auch in Tirol der letzte Ketzer bekehrt oder vertilgt und das letzte ketzerische Buch verbrannt war. Unbarmherzig hat die neuere Geschichtsforschung bei der Darstellung dieser lange andauernden Reaction den romantischen Schleier zerrissen, welchen die Sage und das Lob der Jesuiten über die Gestalt des Landesfürsten Erzherzogs Ferdinand II., den Gemal der Patrizierstochter Philippine Welser von Augsburg, gebreitet hatte.

Eben dieser energische Landesfürst war es, welcher durch seine im Jahre 1586 erlassene Schulordnung *) die ersten, wenn auch nicht dauernden Anfänge der Volksschule in Tirol schuf. Er wollte damit, was in der That auch sehr nothwendig war, der Landbevölkerung vorzugsweise die Wohlthat eines geregelten Religions-Unterrichtes verschaffen, um die trotz aller blutigen Strenge noch immer fortwuchernden Keime des Protestantismus im Grunde zu ersticken. Darum sollten die Kinder

*) Sie ist vom 16. Dezember jenes Jahres datirt und betitelt: „Instruction und Ordnung, wie sich fñrohin die Teutsche sowohl auch die Lateinische Schuelmaister, welche die Kinder im Teutschen Lesen und Schreiben zu underweisen pflegen, auch die Schuelkinder verhalten sollen.“

in den „alten catholischen gottseligen Kirchen-Gesangen“, im Katechismus des Jesuiten Canisius, im Lesen und Schreiben unterrichtet werden; auch Rechnen konnte gelernt werden, wenn nur dafür dem Lehrer „ain mehrers Quatembergelt oder Lidlohn“ entrichtet wurde. Diese Schulordnung enthielt strenge Forderungen hinsichtlich der täglichen Schulzeit (sieben Stunden!), doch hielt sie Mass in Betreff der religiösen Uebungen; der Besuch des Gottesdienstes war nur an Sonn- und Feiertagen, die Beicht dreimal im Jahre vorgeschrieben. Sie verlangte von den Lehrern zwar keine formell erwiesene Lehrbefähigung, wohl aber die Ablegung des Glaubensbekenntnisses bei ihrer Anstellung und die Beobachtung der Schulordnung. An jedem Orte sollten zwei geeignete Männer neben dem Pfarrer zu „Scholarchen“ oder „Schulherrn“ bestellt werden. Von einer höheren geistlichen oder bischöflichen Obergeraufsicht war darin keine Rede; diese Schulverordnung war eben, was sie gegenüber den heutigen kirchlichen Ansprüchen auf die Alleinherrschaft in der Volksschule charakterisirt, ein Ausfluss voller und unbestrittener landesfürstlicher Macht.

Obwohl diese Ferdinandeische Schulordnung später noch zweimal, 1629 und 1747, fast wörtlich wieder veröffentlicht und erlassen wurde, war ihr Erfolg im Allgemeinen so wenig durchschlagend, dass die grosse Kaiserin Maria Theresia durch ihre allgemeine Schulordnung von 1774 auch in Tirol die eigentliche Gründerin der Volksschule wurde. Die Schulreform datirt hier übrigens schon vom Jahre 1766 an und ging von Innsbruck aus, wo der damalige Gubernial- und Kammer-Präsident, Graf Ignaz Cassian von Enzenberg, mit Einsicht und Eifer für die Sache der Volksschule einstand und diese an einigen hingebungsvollen edeln Schulpriestern die ersten muthigen Vorkämpfer fand. Aehnliche Schwierigkeiten, wie heute, stellten sich schon damals, nur noch theilweise in höherem Grade, der Reform der Volksschule in den Weg. Was sie förderte, war der Umstand, dass die berufenen Organe sicher waren, von der Regierung stets jene Hilfe zu erlangen,

welche sie zur Wahrung ihres Ansehens und zur Erreichung des Zweckes in Anspruch zu nehmen sich oft bemüssigt fanden. *)

So wurde die Volksschule in Tirol gegründet und es ging nun ihre Entwicklung, allerdings viel weniger in die Höhe, als vielmehr in die Breite, in ruhigem Geleise fort. Die Hauptschulen in den Städten und grösseren Marktflecken leisteten im allgemeinen, was sie planmässig zu leisten berufen waren; die Zahl der Trivialschulen auf dem Lande wuchs und es entstanden in grosser Zahl auch sogenannte Nothschulen in Weilern, welche im Winter, der eigentlichen Schulzeit, oft Wochen und Monate lang vom Verkehr abgesperrt liegen. Natürlich konnte es dabei weder mit der vorgeschriebenen zeugnissmässigen Befähigung, noch mit der intellectuell-moralischen Qualität der Lehrer allzu genau genommen werden. Genügte doch in der Regel der Besuch eines drei- oder sechsmonatlichen Landlehrercurses an einer Hauptschule, um Lehrer zu schaffen; manchmal genügte auch nur die Ablegung einer sogenannten Unterlehrerprüfung im Widum eines Decans, und der Lehrer stand wie ein Kunstgebilde aus der Hand des Meisters fertig da und wurde nach einer Probezeit ohne Weiteres definitiv angestellt. Mitunter fanden sich wohl Lehrer, welche zwanzig und dreissig Jahre lang als solche fungirten, ohne eine ordnungsmässige Anstellung nachweisen zu können. Sie waren einmal da, „unwissend, woher“, wie sich Andreas Hofer ausgedrückt haben würde, und blieben bis an ihr seliges Ende, wenn sie nicht etwa vorher, wie dies in Wälschtirol vorkam, in Gnaden entlassen und der Armenversorgung überantwortet wurden. Der Schuldienst war meist mit dem kirchlichen Organisten- und Messnerdienst, bisweilen auch noch mit verschiedenen Gemeindediensten, namentlich der Gemeindeschrei-

*) Vergl. die Schrift: „Die Volksschule in Tirol vor hundert Jahren. Von Chr. Schneller, k. k. Landesschulinspector. Innsbruck, 1874. (8., 52 S.)

berei, vereinigt. Dass hie und da ein und dasselbe Individuum im Winter Schullehrer, im Sommer aber Gemeindegemeindehirt war oder als Maurer in das Ausland wanderte, ist keine Fabel, eben so wenig, dass es Schullehrer gab, welche gleichzeitig das Amt eines Nachtwächters oder eines Todtengräbers bekleideten, oder auch als Hausknechte im Widum angestellt waren und hier mit den Haus- und Stallmägden zusammen an einem Tische speisten. Dagegen waren wieder andere Lehrer in ihren Gemeinden wohlangesehene, erbgewesene Besitzer von Haus und Gut und der Lehrergehalt war für sie ein Nebenverdienst, der sich mitnehmen liess, ohne dass die Haus- und Feldarbeit oder das ehrsame Handwerk durch das Schulhalten zu Schaden kam. Die jährliche Schulzeit war, die Hauptschulen ausgenommen, von Martini bis Georgi (11. November bis 24. April); nach Ostern war jedoch der Schulbesuch flau, während schon vorher an vielen Orten die Fastenzeit hauptsächlich für die Vorbereitung der Schüler zur Osterbeicht in Anspruch genommen wurde. Auch die sechsjährige Schulpflicht wurde nicht allgemein erfüllt; es gab Orte, wo es herkömmlich wurde, dass die Kinder im sechsten Winter gar nicht mehr oder doch nur in geringer Anzahl zur Schule kamen. Die Sommerschulen entstanden meistens erst seit den letzten drei Decennien; ihre Leistungen waren im allgemeinen gering.

Die Volksschule galt eben als ein Theil der Seelsorge; wo diese gut war, war es meistens auch die Schule. Daher rührte auch die grosse Ungleichheit des inneren Zustandes der einzelnen Schulen. Ueber Lesen, Schreiben und Rechnen kam man in den Landschulen freilich nicht hinaus; jedes Mehr erschien schädlich, denn die alte Staats- und Kirchenweisheit wollte dem Volke nur das nothdürftigste Mass von Wissen und Können zugemessen wissen. Soll doch einmal auch in einem landständischen Consess ernsthaft die Frage, ob den Bauernsöhnen das Studiren künftig noch gestattet sein sollte, angeregt worden, jedoch in Folge der Bedenken, die einem hochadeligen Herrn hinsichtlich des Umstandes, wo dann Hauslehrer für die

eigenen Sprösslinge zu suchen wären, aufstiegen, unausgetragen geblieben sein. Die Schulaufsicht war mit der Zeit ganz an den Clerus übergegangen, so dass das Concordat der Fünfziger Jahre an den bestehenden Verhältnissen thatsächlich nichts mehr änderte. Vor 1848 gab es wohl noch Landrichter, welche nicht ermangelten, bei den Schulprüfungen — oft genug Lehrern und Schülern zum gleichen Schrecken — zu erscheinen; seit 1848 aber wurden die weltlichen Behörden der Schule ganz entfremdet und das Wort „Schule“ bekam in den Kanzleien einen gruseligen Beigeschmack. Die Reaction erstreckte ihren Einfluss auch auf die Schule; seit 1850 wurden nämlich die weltlichen Lesebücher in den Landschulen fast allgemein beseitigt.

Dieses Bild der alten Volksschule könnte noch durch viele Einzelheiten vervollständigt werden, allein das Gesagte mag genügen. Die bitteren Früchte der langen absolut, clericalen Schulherrschaft fallen noch heute von ihren Bäumen. Die neue constitutionelle Epoche hat in Tirol ein Volk getroffen, welches seiner grossen Mehrheit nach unfähig ist, das Wesen des verfassungsmässigen Staates zu begreifen, welches, Jahrhunderte alter Traditionen vergessend, die Bedeutung der zu Hunderten von seinen Bergen in die Thäler niederschauenden Burgruinen nicht mehr erfassend, leider zum getreuen Knappen des Feudalismus und zum willenlosen Spielball der verbissenen clericalen Opposition geworden ist.

2.

Es ist begreiflich, dass die nach dem Sturze Belcredi's geschaffenen Staatsgrundgesetze der clericalen Partei sehr missliebig waren; keines aber forderte ihren Zorn so heraus und stachelte sie so sehr zur Wuth, als das Reichsgesetz vom 25. Mai 1868 über das Verhältniss der Schule zur Kirche. Doch blieb ihnen die Hoffnung, im Landtage, wo sie die Mehr-

heit hatten, ein Schulaufsichtsgesetz in ihrem Sinne zu machen. Wir wollen im Folgenden zunächst die Stellung betrachten, welche der Tiroler Landtag in Hinsicht auf die Landesschulgesetzgebung von 1868 bis 1874 einnahm.

Die Regierung ermangelte nicht, im Landtage von 1868, der im August und September bis 9. October in Innsbruck tagte, einen Schulaufsichtsgesetz-Entwurf einzubringen. Der Landtag wählte zur Vorberathung desselben einen Ausschuss von sieben clericalen Mitgliedern, dessen Obmann natürlich der Fürstbischof von Brixen wurde. Am 9. October begann die Verhandlung darüber im Landtage selbst mit einer langen Einleitung des Referenten Professor Albert Jäger. Er schrieb der Volksschule kirchlichen Ursprung zu und betrachtete dieselbe auch in ihrer Entwicklung als kirchliches Institut. Das Streben des Staates, die Schule in seinen Bereich zu ziehen, sei protestantischen Ursprunges und erst in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts zur Geltung gelangt. Da seien auf dem Gebiete der Pädagogik neue Ideen zum Durchbruch gekommen, er weise beispielshalber auf Rousseau und Basedow hin. In Oesterreich sei diese Erscheinung zur Zeit der Kaiserin Maria Theresia zu Tage getreten, — „unter ihrer Regierung fing man auch bei uns mit den Experimenten neuer Schulverordnungen und Schulorganisationen an, aber bis auf unsere Tage entschloss sich die österreichische Regierung nie, den kirchlichen Charakter der Schule abzustreifen.“ Der Redner verbreitete sich sodann weiter über die „Säcularisirung“ der Volksschule und suchte schliesslich die vom Ausschusse vorgenommenen Aenderungen am Gesetzentwurf als mit dem Reichsgesetze vom 25. Mai 1868 verträglich hinzustellen. Diese Aenderungen waren wesentlich folgende: Der Ortsseelsorger sollte eo ipso auch Vorsitzender des Ortsschulrathes und Orts-Schulinspector sein. Die Bezirks-Schulinspectoren sollten nur aus den Orts-Schulinspectoren genommen werden. In dem Landesschulrath sollten statt der zwei katholischen Geistlichen die drei Landesbischöfe (Brixen, Trient, Salzburg) oder

deren Vertreter sitzen. — §. 37, 3, lautete: „Anträge, gegen welche die Bischöfe oder ihre Stellvertreter einstimmig aus Rücksichten der Religion oder der Sittlichkeit Einsprache erheben, können nicht zum Beschlusse erhoben werden (!!)." Bei allen Agenden des Landesschulrathes mit Ausnahme jener, welche die Ueberwachung der Orts- und Bezirksschulräthe und die Leitung der Lehrerbildungsanstalten betrafen, sollten die Landesbischöfe zum persönlichen Erscheinen, und zwar in der Regel zweimal im Jahre, nämlich im Frühling und im Herbste, eingeladen werden.

Die verfassungstreuen Abgeordneten, Prof. Wildauer und Dr. Rautenkranz voran, bekämpften die Anträge des Ausschusses mit scharfen Waffen, jedoch vergebens. Als die Bestimmung, dass der Ortsseelsorger eo ipso auch Vorsitzender des Ortsschulrathes sein sollte, angenommen war, erklärten die Verfassungstreuen — 21 gegen 30 Clericale —, sich an der Debatte nicht weiter betheiligen zu wollen, und der übrige Theil des Gesetzentwurfes wurde nunmehr nach den Anträgen des Ausschusses en bloc angenommen. Hierauf erklärte der Statthalter Freiherr v. Lasser über telegraphische Weisung des Ministers des Innern den Landtag für geschlossen, weil derselbe „die Durchführung der Staatsgrundgesetze in Gemeinde- und Schulsachen in wesentlichen Punkten abgelehnt“, und kündigte an, „dass die Regierung im Bewusstsein der ihr obliegenden Pflicht sich die weitere Erwägung darüber vorbehalten werde, welche verfassungsmässige Mittel anzuwenden sein werden, um den Staatsgrundgesetzen von Seite des Landtages von Tirol Anerkennung zu verschaffen.“ Zur That sind diese kraftbewussten Worte bisher nicht geworden.

Im Jahre 1869 wurden die Gesetzentwürfe über die Schulaufsicht und über die Rechtsverhältnisse des Lehrerstandes dem Landtage wieder vorgelegt. Derselbe Ausschuss wurde dafür wieder gewählt. Allein Ross und Reiter sah man in dieser Session nicht wieder. Der Landtag hatte kaum Zeit, die

ihm angesonnene Uebernahme des Normalschulfondes in die eigene Verwaltung (§. 66 des Reichsvolksschulgesetzes) abzulehnen, geschweige sich weiter mit kleinlichen Schulsachen zu beschäftigen. Er trieb dafür hohe Politik, indem er mit dem sogenannten Dietl'schen Antrage gegen die Verfassung protestirte und die Geneigtheit des „Landes“ aussprach, auf Grundlage des October-Diploms zur Regelung der österreichischen Verhältnisse mitzuwirken. Darum wurde der Landtag über Allerhöchsten Befehl geschlossen.

Im Jahre 1870 besannen sich die Mitglieder der clericalen Mehrheit nach der Eröffnung des Landtages ungefähr 14 Tage lang, bis sie sich, natürlich nur mit der gehörigen reservatio mentalis, zur Ablegung des Handgelöbnisses entschliessen konnten. Das Schulaufsichtsgesetz kam auch in dieser Session nicht wieder zum Vorschein, obwohl eine grosse Anzahl von Lehrern aus fast allen Bezirken den Landtag mit der Bitte bestürmten, die Schulgesetze zu berathen und zu Stande zu bringen. Dagegen beschloss die clericale Mehrheit, an Seine Majestät den Kaiser ein Amnestiegesuch für ungefähr 150 Gemeinden zu richten, welche wegen Renitenz gegen die v. Hasner'sche Verordnung vom 10. Februar 1869 „als unglückliche Opfer einer noch unglücklicheren Staatsweisheit“, ja nicht etwa, wie man meinen mochte, als bethörte Opfer der clericalen Agitation in wohlverdiente Strafe verfallen waren.

Auch im Jahre 1871 wurde die Berathung der Landeschulgesetz-Entwürfe nicht wieder aufgenommen. Der Landtag beschloss vielmehr am 14. October, die k. k. Regierung aufzufordern, die v. Hasner'sche Verordnung vom 10. Februar 1869 und alle damit zusammenhängenden Erlässe und Verordnungen sofort ausser Kraft zu setzen. Die verfassungstreuen Abgeordneten hatten während dieser Verhandlung den Saal verlassen. Vergebens ertheilte der Statthalter Graf Taaffe den aufgeregten Clericalen den wohlgemeinten Rath, sie möchten, um ihr Ziel zu erreichen, doch lieber ein Schulaufsichtsgesetz schaffen. Der bekannte Abgeordnete Ignaz v. Giovanelli gab

eine bittersüsse, aber sehr bezeichnende Antwort. Er wies darin auf die „grosse politische Katastrophe“ hin, in der man stehe; man gehe einer Aenderung der staatlichen Verhältnisse in Oesterreich, und er müsse sagen, Gott sei Dank, einer Besserung entgegen. „Wir können daher“, fuhr er fort, „und werden daher so lange einen Schulgesetz-Entwurf nicht berathen, so lange uns nicht die Basis gegeben ist, auf welcher wir die dem Lande zustehende Berechtigung der Gesetzgebung in Schulsachen zum vollen Ausdruck bringen können“ . . . „Es bleibt daher in dieser Zwischenzeit nichts anderes übrig, als sobald wie möglich herbeizuführen jene Veränderungen in Hinsicht auf die Fundamentalgesetze des öffentlichen Verfassungslebens, die geradezu nothwendig sind, um ein gerechtes Schulgesetz schaffen zu können.“ Diese Sprache war deutlich; die Clericalen hatten damit der Regierung und dem Reiche gegenüber ihr: „Wir können warten“ ausgesprochen.

Im Jahre 1872 brachte die Regierung die Schulgesetz-Entwürfe wieder im Landtage ein, der dieselben abermals einem Ausschusse überwies. Aber schon nach acht Tagen wurde der Landtag wieder geschlossen, weil die clericale Mehrheit wegen des Umstandes, dass zum Rector der Universität nicht ein Jesuit, sondern der Prof. Dr. Ullmann gewählt worden war und dieser seinen Sitz im Landtage behauptete, einen Strike in Scene gesetzt und so die Beschlussunfähigkeit herbeigeführt hatte.

Trotz aller bisherigen Erfahrungen kam die Regierung auch im Jahre 1873 (December 1873 und Jänner 1874) wieder mit ihren Vorlagen an den Landtag, und ein aus fünf clericalen Mitgliedern bestehender Ausschuss, dessen Obmann wieder der Fürstbischof von Brixen war, nahm dieselben in Berathung. Die liberale Partei in Tirol war von schweren Besorgnissen erfüllt, dass diesmal wirklich ein clericales Schulaufsichtsgesetz mit Sitz und Stimme und dem Veto der Bischöfe im Landesschulrathe zu Stande kommen könnte, welche Besorgnisse

in den öffentlichen Blättern einen mitunter bitteren Ausdruck erhielten. Doch kam es nicht dazu. Der Schulausschuss vertheilte an die Mitglieder des Landtages einen gedruckten Bericht, in welchem die Unausführbarkeit der Reichsvolksschulgesetze für Tirol eingehend dargelegt wurde. Als die wesentlichsten Gründe wurden bezeichnet:

1. Die Bestimmung des Reichsgesetzes vom 25. Mai 1868, dass der Unterricht in den Lehrgegenständen ausser der Religion vom Einflusse der Kirche unabhängig sein solle;
2. die zu weite Erstreckung des schulpflichtigen Alters
3. der zu grosse Kostenaufwand für die Volksschule, und
4. die zu grossen Anforderungen an die Fachbildung der Volksschullehrer.

Daher erklärte sich der Ausschuss, so lange nicht die Reichsvolksschulgesetze in entsprechendem Sinne abgeändert würden, ausser Stande, Landesschulgesetze vorzuschlagen.

Eine Verhandlung fand darüber nicht statt; am 17. Jänner 1874 wurde der Landtag wegen der nunmehr beginnenden Reichsrathssession geschlossen.

Eine andere in diesem Landtage verhandelte Schulangelegenheit machte viel von sich reden. Der verfassungstreue Abgeordnete Dr. v. Hofer überraschte am 5. December 1873 den Landtag mit einem von mehreren verfassungstreuen Abgeordneten unterfertigten Antrage, den Lehrern des Landes in Anbetracht ihrer höchst dürftigen Lage und des Umstandes, dass die dem Lande vorgelegten Schulgesetz-Entwürfe keinesfalls vor dem nächsten Schuljahre in Wirksamkeit treten könnten, eine nach ihren Gehalten zu bemessende Theuerungszulage für das Schuljahr 1873/4 zu bewilligen. Die Clericalen waren über diesen Antrag nicht wenig verblüfft, fanden es jedoch für gut, denselben am 13. December nach vorhergegangener eingehender Begründung seitens des Antragstellers dem Schulausschusse zu überweisen. Dieser lehnte den Antrag ab. Nun

brachte der clericale Graf Brandis, indem er angab, v. Hofer habe seinen Antrag zurückgezogen, welcher Behauptung der Genannte entschieden widersprach, mit einigen Parteigenossen den Antrag ein, die Einkünfte des Schullehrer-Unterstützungsfondes *) für 1874 auf 20.000 Gulden zu erhöhen und nach Massgabe der Dürftigkeit und Würdigkeit durch den Landesausschuss in gewohnter Weise vertheilen zu lassen. Am 17. Jänner 1874 kam es hierüber zur Verhandlung. Die verfassungstreuen Abgeordneten verlangten, dass bei der Vertheilung dieses Betrages die Mitwirkung der staatlichen Schulbehörden nicht umgangen werde, ohne jedoch für ihre Gründe Gehör zu finden. Ein clericaler Redner, der Fröhmesser Lorenz, erklärte geradezu, dass die staatlichen Schulbehörden nicht zu Recht bestünden. So wurde denn beschlossen, den angesetzten Betrag von 20.000 Gulden nach dem Verhältnisse der Bevölkerung zwischen Deutsch- und Wälschtirol an die Lehrer und Lehrerinnen „in der bisher gewohnten Weise nach Verhältniss ihrer Dürftigkeit mit Rücksicht auf ihr Gesamteinkommen, insoferne sie der Unterstützung nicht unwürdig sein sollten“, zu vertheilen.

In dem am 15. September 1874 eröffneten Landtage figurirten die Schulgesetz-Entwürfe nicht mehr unter den Regierungsvorlagen, wohl aber ein Gesetzentwurf, welcher die Rindviehzucht betraf und dem Landtage besonders warm empfohlen wurde. Eine Interpellation verfassungstreuer Abgeordneten stellte jedoch heraus, dass die oben erwähnten 20.000 Gulden noch immer nicht vertheilt waren, weil die Vorschläge der drei bischöflichen Ordinariate so ungleich waren, dass der Landesausschuss es nicht wagen mochte, ohne Weiteres

*) Dieser Fond entstand zumeist aus freiwilligen Beiträgen und verfügt über die Interessen von ungefähr 50.000 Gulden Capital. Die Vertheilung an würdige Lehrer, meist in kleinen Theilbeträgen, wird jährlich vom Landesausschusse über die Vorschläge der bischöflichen Ordinariate vorgenommen.

darauf einzugehen. Es wurde ein neuer Vertheilungsmodus ausgedacht und beschlossen, nach welchem der fragliche Betrag zuerst in zwei ungleiche Hälften für Deutsch- und Wälschtirol, dann jeder dieser Theile wieder in zwei Hälften, und schliesslich die zweiten Hälften dieser Hälften wieder in Drittel getheilt und nach den Gehaltsabstufungen von 200 und 100 fl. an die glücklichen Lehrer und Lehrerinnen, insofern sie nicht etwa dieser grossmüthigen, streng mathematisch abgemessenen Unterstützung unwürdig wären, vertheilt werden sollten *).

So hat sich der Tiroler Landtag durch sieben Sessionen hindurch, von 1868 bis 1874, gegenüber den Schulgesetzen benommen. Dieses Verhalten steht in Oesterreich glücklicher Weise ohne ein zweites ähnliches Beispiel da.

3.

Wie weit konnten unter Verhältnissen, wie sie bisher dargelegt worden sind, die grundsätzlichen Bestimmungen der Reichsvolksschulgesetze in Tirol durchgeführt und in welchem Masse konnte damit die Schulreform angebahnt werden? Diese Frage ist gewiss wichtig und interessant genug, etwas ausführlicher behandelt und erörtert zu werden.

Wir müssen hiebei vom Jahre 1865 ausgehen. Laut der statistischen Ausweise belief sich die Zahl aller Schulen in Tirol damals auf 1262, unter denen 135 als Nothschulen und 90 als Gehilfenstationen bezeichnet werden; die Zahl des gesammten Lehrpersonals wird mit 3377, darunter 1181 Katecheten, jene der schulpflichtigen Kinder beiderlei Geschlechtes auf 91.830 angegeben.

Ueber Anregung des Ministeriums wurde in jenem Jahre seitens der Landesschulbehörde (Statthalterei) in Innsbruck eine durchgreifende Regulirung der Lehrergehalte nach dem Grundsatz, dass künftig kein Lehrer weniger als 210, kein Unterlehrer weniger als 126 fl. Gehalt haben solle, begonnen

*) Bis April 1875 war diese Vertheilung übrigens noch immer nicht erfolgt.

und die Ausführung dem thätigen und energischen Referenten, Statthaltereirath Josef v. Ehrhart, übertragen. Wenn eine Gemeinde nicht freiwillig auf die nöthige Gehaltsaufbesserung bis zu jenem Minimum einging, wurde sie dazu verhalten; überall sollten Schulfassungen nach einem vorgeschriebenen Formulare verfasst und eingestellt werden. Diese Gehaltsregulirung ging bis zum Jahre 1869 fort und erzielte im Ganzen eine Aufbesserung der Lehrergehalte im Betrage von ungefähr 40.000 fl. — ein sehr schöner Erfolg, wenn man bedenkt, dass im Jahre 1865 das jährliche Gesamteinkommen der Lehrer Tirols auf 164.000 fl. beziffert worden war. Was denselben jedoch, ohne das Verdienst der Behörden um die Sache zu schmälern, beeinträchtigte, war der Umstand, dass manche Gemeinde Mittel und Wege fand, die Schulfassung zu umgehen, ohne dass die verkürzten Lehrer es immer wagten, ihre berechtigten Forderungen geltend zu machen. Diese Wahrnehmung veranlasste die Landesschulbehörde im Jahre 1871, den wirklichen Stand der reinen Lehrergehalte mittels Selbstfassungen der Lehrer nach gedruckten Formularen an allen Schulorten des Landes zu erheben und die Ergebnisse dieser Erhebungen übersichtlich zusammenstellen zu lassen. Nach denselben betrug für 1967 Lehrer und Lehrerinnen (die vier Städte Innsbruck, Bozen, Trient und Roveredo wurden in diese Berechnung nicht miteinbezogen) das reine Einkommen aus den Schuldiensten 190.732, aus den Organistendiensten 26.475, aus den Messnerdiensten 26.991, zusammen 244.199 fl. ö. W. Es bestanden für sich allein 1413 Schuldienste, 136 Schul- und Organistendienste, 135 Schul- und Messnerdienste und 283 Stellen, an welchen alle drei Dienste verbunden waren, wozu jedoch zu bemerken ist, dass von 1043 Stellen in Wälschtirol nur 47 mit Kirchendiensten vereinigt waren, somit dort 996 Schuldienste für sich bestanden. Von den genannten 1967 Lehrern und Lehrerinnen bezogen 96 einen Jahresgehalt bis zu 40 fl., 221 von 40—60 fl., 342 von 60—80 fl., 303 von 80—100 fl., 454 von 100—150 fl., 197 von 150—200 fl.,

209 von 200—250 fl., 57 von 250—300 fl., 48 von 300 bis 400 fl., 30 von 400—500 fl. und 10 über 500 fl.! Wie weit waren diese Gehalte von den Minimalgehalten entfernt, welche in den Schulgesetzen anderer Länder festgesetzt wurden und wie dringliche Gründe hatte die Lehrerschaft Tirols nicht, den Landtag mit — leider immer vergeblichen — Bitten um die Schaffung eines Landesgesetzes zur Regelung ihrer Rechtsverhältnisse zu bestürmen!

Mit dem Erscheinen des Reichsvolksschulgesetzes vom 14. Mai 1869 wurde diese Gehaltsregulirung unterbrochen, weil dieselbe nunmehr im Wege des Gesetzes vollzogen werden sollte. Es kam nun die Zeit der jahrelang fortgesetzten Schulhetzen, welche von den Clericalen in Scene gesetzt wurden. Das Signal zum Ausbruche der offenen Feindseligkeiten gegen Gesetz und Regierung gab das Erscheinen der bekannten v. Hasner'schen Verordnung vom 10. Februar 1869, mit welcher provisorische Anordnungen über die Schulaufsicht getroffen wurden. Von Brixen aus wurde der sogenannte passive Widerstand erklärt, den aber der Clerus bald genug in einen activen zu verwandeln wusste. Am 8. April 1869 hielten einige clericale Matadore eine Lehrerversammlung in Absam ab, bei welcher auch Professor Moriggl von Innsbruck, ein bekannter Agitator und Verfasser von aufregenden Flugschriften trivialster Art, als Redner sich einstellte, und in welcher eine Ergebenheits-Adresse an den Fürstbischof von Brixen beschlossen, jedoch nicht von allen Lehrern unterzeichnet wurde. In Schlanders hielt der katholische Verein am 9. Mai jenes Jahres eine Versammlung in der Pfarrkirche, in welcher der Decan Leiter in stundenlanger Rede gegen die Schulgesetze donnerte. Als es dem anwesenden Commissär Grafen Manzano endlich zu stark wurde und er dem Decan das Wort entzog, brach ein solcher Lärm und Sturm — in der Kirche! — los, dass der Commissär sich nur durch schleunige Flucht in Sicherheit bringen konnte. Im ganzen

Lande, so weit es deutsch war, wurde gepredigt und agitirt, wie zur Zeit der Glaubenseinheitshetze, um das „Volk“ warm zu machen und gegen die Regierung und ihre Schulgesetze und Verordnungen zur Wuth aufzustacheln.

Am 22. Mai 1869 veröffentlichte der Tiroler Bote die Namen der neuernannten provisorischen Bezirksschulinspectoren. Darunter befanden sich drei Geistliche, denen jedoch von den Bischöfen von Brixen und Trient die Annahme dieser Stellen unbedingt untersagt wurde. Die neuen Bezirksschulinspectoren beeilten sich ihr Amt anzutreten und an den grösseren Orten ihrer Bezirke die Schulinspection vorzunehmen, welche anfangs noch auf keinen Widerstand stiess. Das erste Weiberspectakel fiel am 8. Juli in Silz in Oberinnthal vor, wo die Mütter die Kinder von der Schule wegholten und so die Inspection der Schule vereitelten. Um dieselbe Zeit verkündete das „Tiroler Volksblatt“ in Bozen, dass die Lage der Bezirksschulinspectoren in Tirol am schwierigsten sein werde, „da hier eine directe Opposition gegen die neue Einrichtung sich zu erheben Miene macht.“ Weiter wurde berichtet, dass man in verschiedenen Gemeinden um Bozen und Meran bei den Besuchen der Schulinspectoren statt der Kinder die Väter in die Schule schicken und auf die Schulbänke setzen wolle, damit sie beim Eintritte des Bezirks - Schulinspectors mit Einer Stimme gegen die Hasner'sche Verordnung protestirten. Zugleich begannen clericale Blätter jetzt immer ungescheuter ihre Angriffe auf die nicht beneidenswerthen Schulinspectoren, welche den Invectiven fast schutzlos preisgegeben waren.

Im October 1869 erliess der Fürstbischof von Brixen ein Circulare an die Dekane des Inhaltes, dass die Ortsseelsorger noch Ortsschulinspectoren seien und es auch bleiben sollten. Dieselben wurden zugleich angewiesen, von allen wichtigen Schulangelegenheiten das Ordinariat unverweilt in Kenntniss zu setzen.

Das Organ des Fürstbischofs, die „N. Tiroler Stimmen“ in Innsbruck und andere clericale Blätter begannen nun die

Hetze gegen die neuen Schulbücher, welche sich bald über Deutschtirol verbreitete, um so mehr, als ein bekannter clericaler Professor im Unterinnthale bald da bald dort gegen die neuen Schulgesetze und die neuen Schulbücher predigte. Den letztern wurde vorgeworfen, dass sie nichts Christliches mehr enthielten; es wurde fälschlich ausgesprengt, dass die biblische Geschichte und der Katechismus nun aus der Schule verbannt seien. Diese Hetze führte zu allerlei Scenen. In einer Schule Oberinnthals zog ein Cooperator heftig gegen die neuen Schullesebücher los und fügte bei: „Wisst ihr was, Kinder, für jeden Heiligen, den ihr darin findet, bekommt jedes einen Kreuzer von mir.“ Da zogen die Kinder flugs ihre Lesebücher heraus und fingen darin zu blättern an. Bald erhob eines die Hand und rief: „Ich hab’ einen!“ Und ein zweites und drittes: „Ich hab’ auch einen, ich hab’ auch einen!“ „Nun, nun, lassen wir’s gut sein“, sagte der Cooperator verlegen und fuhr in seinem Vortrage fort, während die Kinder ihre Lesebücher missmuthig wieder unter die Bank steckten. Weniger heiter ging es am 7. Jänner 1870 in Tarrenz bei Imst zu. Der Bezirkshauptmann von Imst v. Neupaur hatte beschlossen, das zweite Sprach- und Lesebuch in der Tarrenzer Schule zwangsweise einzuführen und liess die Bücher durch den Amtsdienner nach Tarrenz bringen. Da brach ein gräulicher Weiberaufstand los und der arme Amtsdienner kam unter Mühe und Noth mit einem Bisse davon, der von einem wüthenden Weibe seinen Waden versetzt wurde. Aus Vilpian, einem schulfreundlichen Dorfe, brachte das „Tiroler Volksblatt“ die erdichtete, aber in seinen Kram passende Nachricht, dass dort die Weiber die neuen Schulbücher verbrannt hätten. Im Tauferer Thale bei Bruneck wurde unter den blindgläubigen Bauern die Nachricht verbreitet, der Bezirksschulinspector werde die neuen Schulbücher mitbringen, in denen gleich auf der ersten Seite der Teufel leibhaftig abgebildet sei. Daran knüpfte sich die lächerliche Prophezeiung, es werde zu hinterst im Thale ein Bauer aufstehen mit blauen Pluderhosen (!) und das Volk zum Kampfe

gegen die „Herrn“ aufrufen. In Landeck wurde der dortige Messner wegen Hetzereien gegen die Schulgesetze und die Schulbücher in Untersuchungshaft gezogen, worauf dort eine Monstre-Deputation von Gemeindemännern und Geistlichen verschiedener Orte des Bezirkes erschien, jedoch trotz ihrer Drohungen das Bezirksgericht nicht einzuschüchtern vermochte. Noch jahrelang zehrten die clericalen Blätter, jeder Belehrung durch Thatsachen und Gründe unzugänglich, von der Hetze gegen die Schulbücher (selbstverständlich kamen in Tirol nur jene aus dem Wiener Schulbücherverlag in Gebrauch und in Frage), ohne jedoch damit mehr etwas auszurichten. Die Bauern fingen allmähig an, die Bücher, für welche eine so kräftige Reclame gemacht wurde, selbst zu lesen und das Ergebniss war, dass diese Bücher denselben ausnehmend gefielen und sie nur bedauern konnten, nicht auch schon zur Zeit, wo sie in die Schule gingen, so schöne Bücher gehabt zu haben.

Die Schulinspection stiess im Frühjahr 1870 in vielen Bezirken auf erheblichen Widerstand. Im Bezirke Landeck blühte dem Bezirksschulinspector Nigg wenig Freude; an den meisten Orten misslang die Inspection, in Haid wurde derselbe von fanatischen Weibern insultirt. In Tösens sassen statt der Kinder Männer in den Schulbänken; jedoch der Schulinspector, der dem Orte keinen Besuch zugedacht hatte, liess die wackern katholischen „Mander“ dort sitzen, so lange sie mochten und fuhr vorbei. Am stärksten war der Widerstand im oben genannten Tauferer Thale. In der Schule zu Weissenbach wurde der Bezirksschulinspector Urthaler von den Kindern mit ohrenzerreissendem Geheul empfangen, weil der clericale Lehrer ihnen für den Fall, dass sie beim Eintritte des Schulinspectors nicht weinten, mit Züchtigung gedroht hatte. In der Schule zu St. Peter wurde Urthaler durch einen von einem Weibe auf ihn geschleuderten Knüttel nicht unerheblich am Kopfe verwundet; die Thäterin wurde später zu 7 Monat Kerker verurtheilt. In Ahornach wurde dem Inspector aufgelauret; rechtzeitig gewarnt ging er jedoch nicht dorthin. Sonst

ging im Bezirke Bruneck (Niederpusterthal) die Inspection anstandslos vor sich; in einigen grössern Orten war man sichtlich bestrebt, durch freundliches Entgegenkommen gegen den Schulinspector den sittlichen Abscheu auszudrücken, den die Scene zu St. Peter der Mehrheit der Bevölkerung eingeflösst hatte. Auch in den Bezirken Bozen und Meran gab es mehrfache Anstände, am meisten in Schönnä, wo der Pfarrer Sellemond die versuchte Inspection zweimal nach einander zu vereiteln wusste. Im Bezirk Reutte kam nur im Dörfchen Lähn eine Störung vor. In Weissenbach erschienen die Weiber in grosser Zahl im Schulzimmer, verhielten sich aber ruhig, bis die Inspection zu Ende war. In Trins im Wipphale wurde die Schulinspection ebenfalls durch Weiber vereitelt, welche aber vom energischen Bezirksrichter Stolz in Steinach sogleich zur Strafe gezogen und einige Tage eingesperrt wurden. Wieder in Freiheit gesetzt wurden sie vom Cooperator von Trins, der mit den Männern derselben und einer Musikbande gegen Steinach angerückt kam, im Triumphe als Märtyrinnen des katholischen Glaubens heimgeleitet. Es könnten noch manche ähnliche Begebenheiten angeführt werden, allein es mag genügen, um die Verirrung zu kennzeichnen, der sich die Kämpfer für die kirchliche Herrschaft über die Schule zu eigener, unvergesslicher Schmach hingaben. In den Unterinnthal'schen Bezirken Kitzbühel und Kufstein und im Zillerthal kam kein Anstand vor. In Wälschtirol war der Clerus viel zu feinfühlig, um sein Missfallen an den neuen Schulgesetzen durch jämmerliche Weiberhetzen zum Ausdruck zu bringen. Nur an einem einzigen Orte, in Cembra, wurde versucht, die Schulinspection zu vereiteln; der Versuch misslang jedoch vollständig, da sich im Orte sogleich ein Comité von angesehenen Einwohnern bildete, welches den Wühlereien kräftig entgegen trat. Aus dem Bezirke Bozen mag noch erwähnt werden, dass in Vilpian, woher das „Tiroler Volksblatt“ die oben erwähnte, erdichtete Nachricht von der Verbrennung der Schulbücher gebracht hatte, der Bezirksschulinspector Mayr feierlich em-

pfangen wurde. Aus einer sogleich darauf in Bozen veranstalteten Geldsammlung wurden für die Schule in Vilpian verschiedene hübsche Lehrmittel beschafft.

Damit es an einem Gegensatz zu den Weiberschulhetzen nicht fehlte, hielten verschiedene Dekane Schulinspectionen, „Religionsprüfungen“ genannt, in demonstrativer Weise unter Pöllerkrachen, Ausrücken von Musikbanden und weissgekleideten Jungfrauen u. s. w. ab und die clericalen Blätter liessen herzerfreuende Berichte in die Welt gehen. In Steinach, wo Gleiches geschah, konnte die Gemeindevertretung es zwar nicht hindern, gab aber ihrem Bedauern über eine solche Demonstration in öffentlichen Blättern sehr entschieden Ausdruck.

Im Frühjahre 1871 wiederholten sich die erwähnten Vorfälle in keinem Bezirke in so greller Weise, wie in Landeck. Während im Hauptorte selbst der Bezirksschulinspector und der Bezirkshauptmann im Lehrzimmer der zweiten Classe sich befanden (3. Februar), erschien plötzlich der schon oben erwähnte Messner in Begleitung eines zweiten Mannes in der Schule mit dem Hute auf dem Kopfe und der Tabakpfeife im Munde. „I muess do schaue, was do geschiecht“, rief er, „sein Sie der nuie Schulinspector? Wear hot denn Sie do hear g'schickt?“, Der Bezirkshauptmann bedeutete ihm, er möge doch den Hut abnehmen. „Vor önk Luth'raner den Huet abnehme, war' mar scho drum“, war die Antwort. Artiger benahm sich sein Begleiter, der „als Vorstand der Männer“, wie er sagte, in sichtlicher Verlegenheit einen Protest gegen die weltliche Schulvisitation herstotterte. Darauf entfernten sich beide wieder, der Messner mit der Drohung: „Wenn Ihr in fünf Minute nit das Schuelzimmer verlosset, so wear i Sturm läute.“ Das Sturm-läuten unterblieb; wie man aber nachher erzählte, soll der Messner mit zwei Gehilfen schon auf dem Weg zur Kirche gewesen, vom Curaten aber zurückgehalten worden sein. In vielen anderen Schulen war während der Inspection nur ein kleiner Theil der Kinder anwesend, in einigen fehlten alle;

dagegen ging die Inspection in Ried, einem sehr schulfreundlichen Orte, und in einigen andern Gemeinden in bester Ordnung vor sich. Der Vorsteher des Dörfchens Spies kam dem Inspector drei Stunden weit freundlich entgegen; vom Bergdörfchen Gstalda kamen sogar die Kinder vollzählig trotz des beschwerlichen eisigen Weges eine Stunde weit in einen am Thalwege gelegenen Weiler herab, um dem Inspector seine Mühe zu erleichtern. Mit so braven Kindern durfte der Herr Schulinspector denn doch bei der Prüfung nicht allzustrenge verfahren. Als der Inspector später von Graun nach Hinterkirch im Langtauferer Thale sich verfügte, eilte unterwegs ein Cooperator von Graun geflügelten Schrittes und scheelen Blickes thaleinwärts an ihm vorbei. Die Folge war, dass der Inspector in der Schule zu Hinterkirch statt 13 nur 5 Schüler traf. Ein Schulknabe erzählte ihm, der Herr Cooperator von Graun habe bei seiner heutigen Sammlung von Geldbeiträgen zu einem neuen Altar in mehrern Höfen zugesprochen und den Leuten die Ankunft des Schulinspectors mitgetheilt.

Auch in Sarnthal bei Bozen wurde die Inspection der Volksschulen vereitelt. Das „Tiroler Volksblatt“ brachte einen von Hohn und Invectiven gegen den Bezirksschulinspector Mayr strotzenden Artikel, betitelt: „Die verunglückte Schulinspection in Sarnthal“, wofür jedoch der Redacteur zu einer Geldstrafe oder Arrest und Cautionsverlust von 60 fl. verurtheilt wurde.

In andern Bezirken waren die Störungen nur sporadisch, obwol die Clericalen nicht ermangelten, alles aufzubieten, damit der Volkshetze der Athem nicht ausgehe. Ungefähr im December 1870 hatten die „N. Tiroler Stimmen“, als sie wahrnahmen, dass es mit der Verketzerung der neuen Schulbücher nicht mehr recht vorwärts wolle, ein neues Schlagwort ausgegeben; es lautete: „Bauer, zahl!“ Da wurde in langen und breiten Artikeln gejammert, wie entsetzlich viel die neue Schule dem Volke kosten werde, während man früher die Schule so gut

und so billig, ja fast umsonst gehabt habe. Der wirkliche Grund dieser Jeremiaden war nicht etwa Mitleid mit dem armen geplagten Volke, sondern vielmehr die Befürchtung, es möchte, wenn die Leistungen der Gemeinden für die Schule erhöht würden, nicht mehr alljährlich so viel Geld auf Jahrtags- und Andachtstiftungen verwendet werden oder in jene allerlei Namen tragenden Canäle fallen, in welchen der irdische Ueberfluss des Volkswohlstandes selbst aus den Taschen blutarmer Dienstboten auf Nimmerwiedersehen abfließt. Hatten doch die „N. Tiroler Stimmen“ schon früher einmal die Behauptung aufgestellt, um die Hoffnungen der Lehrer in Tirol zu befriedigen, bedürfe man wenigstens der Interessen eines Capitals von fünfzig Millionen! — Am 15. November 1871 versuchte das genannte Blatt in einem Artikel nachzuweisen, dass die Schule durch die neuen Gesetze ruinirt werde. Früher habe es in Tirol über 4000 Lehrer gegeben, jetzt sei daran Mangel, weil der Liberalismus den Lehrern den religiösen Sinn nehmen und zum Ersatze dafür einen höhern Gehalt geben wolle. In derselben Nummer predigte ein Correspondent „von der Rienz“, dass die Hasner'sche Verordnung vom 25. Mai 1868 (sic!) und alle auf derselben basirenden Erlässe, Edikte u. s. w. für Tirol keine Gesetzeskraft hätten, „weil genannte Verordnung von den Vertretern unseres Landes in der denkwürdigen Sitzung vom 9. October 1868 (s. oben) verworfen wurde u. s. w. In einem andern bald darauf folgenden Artikel dieses Blattes verlangte ein angeblicher Lehrer aus Bozen „die Cassirung der Bezirksschulinspectoren“, ohne genau ersichtlich zu machen, wer ihm diesen frommen Wunsch erfüllen sollte.

Die Landesschulbehörde wusste übrigens im April 1871 der Renitenz gegen die staatliche Schulinspektion einen Dämpfer aufzusetzen. Sie verfügte nämlich, dass kein nicht gestifteter, daher veränderlicher Schulfondsbeitrag mehr ausgezahlt werde, wenn nicht vom Bezirksschulinspector auf der Quittung bestätigt wäre, dass die Schulinspektion in der betreffenden Gemeinde in Ordnung vorgenommen worden oder ohne Verschulden der-

selben unterblieben sei. Der Jammer und das Geschrei der clericalen Blätter über diese Verfügung war masslos. Manche Gemeinden aber kamen dadurch zwischen Hammer und Ambos; auf der einen Seite wurden sie mit allen Mitteln des clericalen Terrorismus gedrängt, Proteste zu unterschreiben und Widerstand zu leisten, anderseits wurde ihnen, falls sie sich den clericalen Agitatoren gefügig zeigten, die Entziehung der Schulfondsbeiträge in sichere Aussicht gestellt. Es kam vor, dass eine Gemeindevorsteherung, um eines kleinen Schulfondsbeitrages von nicht ganz 10 Gulden nicht verlustig zu werden, eine Erklärung an den Bezirkshauptmann, dass sie sich der staatlichen Schulinspection nicht widersetzen wollte, am zweiten Tage darauf aber schon wieder einen geharnischten Protest gegen die Vornahme der Schulinspection unterschrieb.

Im Bezirke Landeck wiederholten sich auch im Frühjahr 1872 die bereits gewohnten Scenen und wurden darüber in öffentlichen Blättern manche Einzelheiten erzählt. An einem Orte im Stanzer Thale soll der Ortsseelsorger den Kindern, wenn sie am Inspectionstage nicht in die Schule kämen, einen Spaziergang nach einem Calvarienberge mit einer guten Jause und hübsche Prämienbücher versprochen haben. An einem anderen Orte ordnete der Gemeindevorsteher am Tage, für welchen die Schulinspection angesagt war, im Einverständniss mit dem Geistlichen ein zweistündiges Kirchengebet für den — Papst an. An einem dritten Orte wurde der Inspector im Gasthause, wo er übernachtete, Zeuge einer Siegesfeier der clericalen Agitation, welche von einem Cooperator und dem Gemeindevorsteher unter Einladung der Lehrer aus den Nachbarorten und anderer „Männer“ auf gemeinschaftliche Rechnung veranstaltet wurde und in einem bis spät in die Nacht fortlärmenden Trinkgelage bestand. Während wieder in einem andern Orte der Inspector sich in der Schule mit nur vier anwesenden Kindern beschäftigte, belustigten sich grössere Schulknaben damit, dass sie Scheiter in den Hausgang des Schulgebäudes warfen. Wahrlich eine hoffnungsvolle Jugend,

von der sich Staat und Kirche mit der Zeit etwas versprechen dürfen! Im Bezirke Imst waren es vier Orte, in denen die Schulinspection gänzlich misslang. Im Dorfe Haiming wurde der Bezirksschulinspector Durig von einer grossen skandal-süchtigen Menge erwartet, durch welche hindurch er den Weg in die -- leerstehende Schule zurücklegen musste, während zwei Weiber an der Spitze eines Kinderschwarmes standen, der eben lärmend von einem nahen Wallfahrtsorte zurückkam. Im Sarnthal in Südtirol wurden die Schulen, um der Inspection zuvorzukommen, schon lange vor Ende des Winterschulhalbjahres geschlossen. In Kastelruth begleitete der später mit dem goldenen Verdienstkreuze ausgezeichnete Gemeindevorsteher Profanter den Bezirksschulinspector Mayr in die Schule. Darüber wurde ein junger Cooperator so erbost, dass er am folgenden Sonntage von der Kirchenkanzel herab ausrief, der Gemeindevorsteher solle sich schämen, dass er so roth werde, wie der (roth angestrichene) Kastelruther Kirchthurm! Weiter predigte er, um auch dem Inspector Eines zu versetzen, dass die „falschen Propheten“ sich nicht blos in den Städten aufhielten, sondern jetzt sogar in den Berggemeinden herumreisten. Der junge Brausekopf kam dafür auf 14 Tage zu Bozen in Arrest; als er wieder zurückkam, versüssten ihm seine Anhänger im Dorfe das erduldete Leid, das er natürlich mit dem ächten Muthe eines Märtyrers ertragen hatte, durch einen feierlichen Empfang. Ein Bauer sprach dabei in naiver Weise seine Verwunderung aus, dass man wegen 14 Tage so viel Aufhebens mache, während N. N., der sieben Jahre in Garsten gesessen, bei seiner Rückkehr nicht auch gleich feierlich empfangen worden sei.

Am 10. December 1872 wurde vom Bezirkshauptmann v. Röggl von Imst und vom Bezirksschulinspector Durig über höhern Auftrag die Inspection der Schule in Roppen, einem nahe am Eingange in das Oetzthal gelegenen Dorfe, vorgenommen. Im Frühjahre hatte der Inspector die Schule dort

leer gefunden, ja, es soll damals beabsichtigt gewesen sein, am Inspectionstage statt der Kinder — Holzklötze in die Bänke zu stellen. Nachdem nun der Bezirkshauptmann und der Bezirksschulinspector etwa drei Viertelstunden in der Schule gewesen, stürzten ein Weib und dann ein halberwachsener Bursche herein und nahmen zwei Kinder mit sich fort, worauf die übrigen Kinder weinend und schreiend davonliefen. Die dreiviertelstündige Inspection hatte übrigens lange genug gedauert, um den jämmerlichen Zustand der Schule darzulegen. Als der Bezirkshauptmann später das Dorf verliess, läuteten ihm einige Bursche mit Kuhschellen nach, was ihnen aber nachträglich übel bekam. Nun wurden zwanzig Mann Gendarmen requirirt, nach Roppen verlegt, und am 12. Februar 1873 die Inspection der Schule wiederholt. Selbstverständlich unterblieb jede Störung; die Kinder waren sogar im Sonntagsgewand erschienen. Der Tiroler Bote wusste (1873, Nr. 54) zu berichten, dass in der Zwischenzeit von dem bekannten Agitationskomité der staatsrechtlichen Opposition Gemeindemänner von Roppen nach Innsbruck zitirt worden seien, um hier über ihr Verhalten Lehr' und Weise zu erhalten. Die Roppner scheinen aber für besser befunden zu haben, dieselbe nicht zu befolgen.

Auch im Bezirke Landeck kam es im Frühjahre 1873 zur Concentrirung von Gendarmerie in Zams, um die Schulinspection in Ordnung durchzuführen. Andere Gemeinden fügten sich, ohne es so weit kommen zu lassen. Die Gemeindevorstellung von Prutz richtete dabei an die Bezirkshauptmannschaft ein Schreiben, welches bei seiner Veröffentlichung die allgemeine Heiterkeit in nicht geringem Grade erregte. *)

*) Es kamen darin beispielsweise folgende Stellen vor: „Die gewaltige Macht des katholischen Gewissens fordert mit unerbittlicher Strenge, dass ein Christ an der katholischen Kirche nicht die mindeste Untreue begehen darf, selbst dann nicht, wenn es ihm von der Obrigkeit unter Androhung und auch Anwendung der schwersten Strafe, die Todesstrafe nicht ausgenommen, befohlen

Der Vorsteher hatte sich schon früher im Landtage durch das geflügelte Wort bekannt gemacht: „Ich gehöre einem Landestheile an, in welchem die moderne Intelligenz Gottlob noch keinen Eingang gefunden hat!“

Die Executionen in Oberinnthal machten auf die „N. Tiroler Stimmen“ einen sehr unbehaglichen Eindruck. Es werde dadurch bewirkt, sagten sie, dass „das Volk schweigend seine Beschlüsse fasst“; weiter erklärten sie aus Stimmungsberichten zu wissen, „dass man im ganzen Lande versteht, worauf wir hiemit hingewiesen haben.“ Nun, das verstand man freilich, und, wie hätte man es nicht verstehen sollen? In einem bald darauf erscheinenden Artikel fanden sie es für gut, wieder im rosigen Flügelkleide der loyalen aber gekränkten Unschuld zu erscheinen.

Am Ende des Jahres 1872 gab es in Tirol noch einen Schulscandal anderer Art. Vor mehrern Jahren hatte ein zu den Frommen zählender Handelsmann, Namens Malfatti, in Innsbruck mit grossen Geldopfern ein Knaben- und zunächst Waisenerziehungsinstitut mit Privatvolksschule gegründet und der Leitung von Schulbrüdern übergeben, welche sich allmählig zu einer artigen Colonie vermehrten. Man schrieb diesem Institute die Eigenschaft zu, dass es für die Zeit, in welcher die Clericalen wieder in Oesterreich an das Ruder kämen, zu

würde!“ Damit wollte die Gemeindevorsteherung andeuten, dass man sie lebend unter keiner Bedingung dahin bringen würde, der Schulinspection beizuwohnen, eine Weigerung, die glücklicher Weise dem Gemeindevorsteher nicht den Kopf, sondern nur 20 fl. Geldstrafe kostete. An einer anderen Stelle der Eingabe hiess es: „Die Schulkinder werden vollständig und reinlich (!) in den Schulstuben erscheinen; mit Kränzen werden sich die Mädchen nicht schmücken, Festgedichte werden keine erschallen, denn es ist dieser Tag für die sehr unglückliche Gemeinde Prutz kein Freudentag Für lautlose Stille, Ruhe und Ordnung, wie am Friedhofe, bürgt die Vorsteherung“ u. s. w. Der „Tiroler Bote“ brachte damals auch eine Humoreske in Balladenform, betitelt: „Die Schulinspection in Prutz.“

einer Pflanzschule von Lehrern für die Schulen des Landes bestimmt sei. Was konnte man sich auch von clericaler Seite in hoffnungsreichen Träumen schöneres vorstellen, als dass in Tirol die männliche Schuljugend von frommen Schulbrüdern, die weibliche aber von sanften Nonnen erzogen und herangebildet werde? Da fand es der Statthalter Graf Taaffe seines Amtes, die Schliessung des Institutes anzuordnen, welche auch am 27. Dec. 1872 vollzogen wurde. Die Aufregung der Clericalen war ungeheuer; im Wiener „Vaterland“ erschienen, angeblich aus der Feder eines feudalen Grafen in Innsbruck herstammend, wüthende Schmähartikel.*) Um mit den Worten des Gesetzes zu sprechen, hatten grobe „moralische Gebrechen“, welche offen-

*) Hievon einige Proben. Im Telegramme, womit die Schliessung des Institutes berichtet wurde hiess dieselbe ein „Gewaltact“. In einem Innsbrucker Artikel des „Vaterland“ Nr. 358 vom 30. December, betitelt: „Ein neuer Beitrag zur Kirchenverfolgung“ hiess es: „Sie ruhen nicht, — diese greulichen liberalen Jämmerlinge, wenn es gilt, die Institutionen unserer heiligen Kirche mit ihren nichtswürdigen Hetzen zu beehren. . . . Wir haben heute eine neue Schmach aus dem vor Gottes Gerechtigkeit schwer wiegenden Schuldbuch des Liberalismus zu verzeichnen. . . . Unser . . . Statthalter . . . hat sich veranlasst gefühlt, das von den hochwürdigen Schulbrüdern trefflich geleitete Malfatti'sche Institut wegen „zu Tage getretener grober moralischer Gebrechen“ brevi manu zu schliessen. . . . Es ist dies ein ungemeiner Willküract. . . . So sitzt denn das Opfer der „Freiheit wie in Oesterreich“ in der Frohnveste! O Weisheit! O Gerechtigkeit! . . . Es wird wahrlich zur Preisfrage, ob man mehr über die Brutalität dieser Priesterhetzen oder mehr über die elende Heuchelei staunen soll, mit welcher dieselben eingeleitet werden. . . . Das sind saubere Aspecten für den gedeihlichen Bestand unseres lieben Vaterlandes“ u. s. w. — Die „N. Tiroler Stimmen“ — sie mochten wohl Lunte gerochen haben — waren klüger und stellten sich nicht blos. Das Endurtheil, welches schliesslich in clericalen Kreisen über die Sache zu hören war, lautete dahin, man hätte wohl die schuldigen Schulbrüder entfernen, übrigens aber das Institut fortbestehen lassen sollen. Welche Eltern würden demselben wohl noch ihre Söhne anvertraut haben?

kundig zu Tage getreten waren, die Schliessung veranlasst. Die gerichtliche Untersuchung ergab vier schuldige Schulbrüder, von denen jedoch einer zu wenig graviert erschien, um zur gerichtlichen Strafe gezogen zu werden. Ein anderer Schuldiger war über die Beschwerden der Aeltern eines Knaben schon früher vom Director der Anstalt einfach entlassen worden. Es kamen gräuliche Unzuchtfälle zu Tage, deren Detail natürlich der Oeffentlichkeit vorenthalten werden musste. Von den 135 Knaben der Anstalt waren nur wenige, die von der Sache nicht unterrichtet waren. Die Scheu vor dem Laster trieb einige Knaben in die Flucht; einer davon irrte Tag und Nacht auf einem öden Mittelgebirge bei Innsbruck herum, zwei entliefen zu Fusse bis in das Pinzgau. Viele der Zurückgebliebenen waren physisch und moralisch gemartert, bis das ganze Brutnest des Lasters mit Einem Schlage zerstört wurde. Und doch gingen die Verführer dreimal in der Woche zur Communion! Von den drei Hauptschuldigen wurden schliesslich am 7. März 1873 vom k. k. Landesgerichte zu Innsbruck der erste zu 2¹/₂ Jahren, der zweite zu 13 und der dritte zu 9 Monaten Kerker verurtheilt. Der einzige Milderungsgrund für ihr Verbrechen war die frömmlicherisch clericale Erziehung, die ihnen in Waisenhäusern selbst zu Theil geworden war.

In den Jahren 1873 und 1874 kam die Renitenz gegen die staatliche Schulinspection nur mehr ganz sporadisch vor. Im Frühjahr 1875 beschränkte sich dieselbe im Bezirke Landeck nur mehr auf das Dorf Trins. Statt zur Inspection zu erscheinen, traten die Kinder in der Mehrzahl eine Wallfahrt nach Strengen an und beteten dabei, wie in den N. Tiroler Stimmen salbungsvoll berichtet wurde, acht Rosenkränze. Nach andern Nachrichten aber sollen sie dabei mehr der Schnaps- und Weinflasche, als der Andacht zugesprochen haben und theilweise mit ausgiebigen Räuschchen heimgekommen sein. Bei der unmittelbar darauf wiederholten Inspection fehlte in der Schule kein Kind mehr. So darf denn heute die Opposition gegen die staatliche Schulinspection als erloschen betrachtet werden, wenn auch in

Sarnthal und Eggenthal die Durchführung derselben noch nicht ernstlich versucht worden ist.

Diese Renitenz gehört übrigens in die Reihe jener clericalen Agitationsmittel, die sich mit der Zeit alle nach und nach abnützen. Ein nicht geringes Verdienst der Bezirksschulinspectoren ist es, dass sie trotz der bittersten Anfeindungen Ausdauer und Tact bewährt haben. Ihre Thätigkeit und ihr Wirken fand in den unerquicklichen Verhältnissen freilich nur zu oft eine unliebsame Beschränkung und war besonders anfangs auf die Einführung der vorgeschriebenen Lesebücher, dann auf Hebung der Schulen und Unterstützung der Lehrer durch Rath und That, auf Lehrer-Conferenzen, auf Anregung schulfreundlicher Gesinnung in der Bevölkerung, auf Beseitigung der empfindlichsten Uebelstände gerichtet. Den Bezirkshauptmännern war es trotz guten Willens bei der grossen Ueberbürdung mit Verwaltungsgeschäften aller Art nicht immer und nicht überall möglich, dem Volksschulwesen so viel Aufmerksamkeit zuzuwenden, als dasselbe zur gründlichen Heilung aller Schäden bedurft hätte, um so weniger, als ihnen keine, auch nur provisorische Bezirksschulräthe unterstützend zur Seite standen. Dem Landeschef Graf Taaffe — seit Mai 1871 in Tirol — muss, wie sonst auch seine Stellung zur clericalen Partei von liberaler Seite aufgefasst werden mag, mit voller Wahrheit nachgerühmt werden, dass er nie Anstand nahm oder kargte, wenn es galt, aus den zu Gebote stehenden öffentlichen Mitteln solide Schulzwecke zu fördern oder dürftigen und würdigen Gemeinden und Lehrern mit Unterstützungen beizuspringen.

Natürlich konnte bei den im Vorstehenden geschilderten Verhältnissen die Landesschulbehörde selbst in ihrem Wirken nicht auf Rosen gebettet sein. Im Jahre 1870 wurden zunächst die Lehrerbildungsanstalten in Innsbruck, Bozen und Trient (jetzt in Roveredo) nach den neuen Anforderungen eingerichtet, wenn auch die vollständige Organisation der Bozner Anstalt noch nicht eintreten konnte, weil die damals zu geringe Frequenz ihren Fortbestand in Frage stellte. In Innsbruck und

Trient wurden neue staatliche Lehrerinnen-Bildungsanstalten errichtet, welche trotz der heftigen Anfeindungen, die sie von clericaler Seite erfuhren, heute als blühende Institute mit ansehnlicher Frequenz dastehen. In den folgenden Jahren nahmen unausgesetzt Schulregulirungen die volle Thätigkeit der Landes-schulbehörde in Anspruch. Das Nichtzustandekommen eines Landesgesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse des Lehrers-standes hatte zur Folge, dass eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Lehrern, und zwar gerade der tüchtigsten, in andere öster-reichische Länder auswanderten, wo sie mit offenen Armen em-pfangen wurden. Die bittere Stimmung unter den Lehrern erhielt namentlich in der Petition von 70 Lehrern, die sich am 10. October 1872 zu Wörgl in Unterinnthal zusammengefunden hatten, an den Landtag einen scharfen Ausdruck. „Der hohe Landtag“, hiess es darin, „wolle uns gütigst nicht verargen, dass manchem aus uns, obwohl gewiss unbegründet, sich schon sogar der trübe Gedanke nahte, als wollte man uns aus dem heimatlichen Lande drängen, damit für andere, Gefügigere Platz werde, weil wir es bei unserem Gewissen und unserer Erfahrung nicht vermögen, in den gegen die neuen Schulgesetze bis zur Glaubwürdigkeit wiederholten Vorwurf der Entchristlichung der Schule einzustimmen.“ Die Landesschul-behörde musste es sich angelegen sein lassen, auf die Erhöhung der Lehrergehalte mit aller Energie hinzuwirken, mochte es sich nun darum handeln, erprobte Lehrer dem Lande zu er-halten oder erledigte Stellen neu zu besetzen. Sie that dies in der Weise, dass die Gemeinden zwar nach ihren Kräften zu billigen Mehrleistungen freiwillig oder im Verordnungswege herbeigezogen, denselben aber zur Ergänzung der Lehrergehalte grössere oder kleinere Jahresbeiträge gewährt wurden. Dies geschah in so ausgedehntem Masse, dass die oben gegebene Statistik der Lehrergehalte vom Jahre 1871 heute als längst überholt betrachtet werden muss, wenn auch der Weg bis zu jenen Lehrergehalten, wie sie in den Schulgesetzen anderer Länder festgestellt sind, immerhin noch ein ziemlich weiter sein

mag. Weiter liess es sich die Landesschulbehörde angelegen sein, wo es immer zweckmässig erschien, Volksschulen mit Lehrmitteln auszustatten. Die schönen Bilder und Wandkarten gefielen auch den Bauern; am meisten aber wirkten sorgfältig gewählte Schülerbibliotheken, deren in Deutschtirol allein nahezu gegen 300 gegründet wurden. Auch Bezirkslehrerbibliotheken bestehen, werden aber nur von wenigen strebsamen Lehrern benützt.

Eine weitgreifende Wirksamkeit haben auch die Volksschulvereine*) bethätigt, deren Zweck statutengemäss im allgemeinen in der Hebung und Förderung der Schule, im besondern in der Ausstattung der Schulen mit Lehrmitteln und armer Schüler mit Schulerfordernissen und auch mit Kleidungsstücken besteht. Es besteht ein zu Anfang des Jahres 1870 gegründeter Stammverein in Innsbruck, an welchen sich nach und nach gegen 80 Zweigvereine mit ungefähr 7000 Mitgliedern in allen deutschen Bezirken des Landes angeschlossen haben. Der Verein, dessen Wirken ein rein humanitäres ist, hält sich der Politik gänzlich ferne; dass er aber nicht auch die Schulinspectionshetze mitmachte und sich nicht das in unwürdigster Weise missbrauchte Schlagwort „katholisch“ als Devise auf die Stirne pflanzte, war genügend, auch ihn den Verdächtigungen, ja ungescheuten Lügen der clericalen Agitatoren preiszugeben, so dass nicht bloss in den Zeitungen, sondern an

*) Im „Berichte über österreichisches Unterrichtswesen aus Anlass der Weltausstellung 1873“ (Wien 1873) sind diese Volksschulvereine unter Kapitel: „Schulpfennig und Schülerlade“ (II., S. 629) gewürdigt. — Im Jahre 1872 gab es nach dem citirten Berichte 44 Vereine und beliefen sich die Einnahmen trotz des geringen Jahresbeitrages der Mitglieder (theils 1 fl., theils 50 kr.) auf 7076 fl., wovon 150 Schulen mit Lehrmitteln versehen wurden. — Jeder Filialverein sorgt für seine Gemeinde; der Stammverein von Innsbruck unterstützt gelegentlich auch dürftige Zweigvereine. — Das Gedeihen dieser Vereine ist der sicherste Beweis, dass der gesunde Sinn der Bevölkerung selbst durch eine so mächtige clericale Agitation nicht völlig getrübt werden konnte.

einzelnen Orten auch von der Kanzel und vom Altare aus dagegen gepredigt wurde. So verstehen die Clericalen Tirols, welche nach ihrer neuesten Devise „die Freiheit mehr als das Leben und die katholische Kirche mehr als die Freiheit lieben“, die gesetzliche Freiheit der Vereinsbildung. Sie versuchten auch, den Volksschulvereinen ihre „katholisch-pädagogischen Hauptvereine“ entgegenzustellen, deren Zweck statutengemäss der „Anschluss der Familie und der Schule an die Kirche“ ist, und deren Wirken unter andern auch in „periodischen Conferenzen zur Hebung des Lehrerstandes“ zum Ausdrucke kommen soll. — Der erste entstand, indem als Gründer drei clericale Lehrer vorgeschoben wurden, in Lana, der zweite in Innsbruck; beide Male versagte der Statthalter Graf Lodron (September 1870 bis Mai 1871 in Tirol) den Statuten die Genehmigung und beide Male entschied der damalige Minister des Innern im entgegengesetzten Sinne. Wie weit die Leistungen dieser katholisch-pädagogischen Vereine für die Volksschulen sich erstrecken, und wie die Beiträge der Mitglieder verwendet werden, darüber ist nie etwas in die Oeffentlichkeit gelangt, während die Volksschulvereine bereits vier ausführliche Berichte über ihr Wirken veröffentlicht haben. In Vorarlberg sind in jüngster Zeit auch bereits mehrere Schulvereine nach dem Beispiele der tirolischen Volksschulvereine entstanden. Gleiches war in Wälschtirol der Fall; nur haben die dortigen Vereine keine Verbindung unter sich und benennen sich „Gli amici della scuola“ (die Freunde der Schule).

Neben den Schulvereinen besteht in Innsbruck auch eine „Gesellschaft zur Unterstützung deutscher Schulen in Südtirol“, die es sich zur Aufgabe gesetzt hat, sich der Schulen und Schüler unserer verlassenen armen deutschen Stammesbrüder in den deutschen Enklaven Wälschtirols und an der Sprachgränze werththätig anzunehmen. Durch ansehnliche, besonders aus Deutschland zufließende grossmüthige Spenden ist die Gesellschaft in Stand gesetzt worden, viel

Gutes zu wirken und zu erzielen, wenn ihr auch der noch geringe, kaum 3000 Gulden betragende Stammfond eine Erweiterung ihrer Zwecke bisher nicht gestattete. Auch diese Gesellschaft ist von clericaler Seite bereits verdächtigt und des geheimen Planes zur „Verpreussung (!) Südtirols“ beschuldigt worden.

Wir wollen schliesslich auch noch einer Institution gedenken, der auf dem Gebiete der heutigen Pädagogik eine immer wachsende Bedeutung zukommt, nämlich der Fröbel'schen Kindergärten. Die Idee derselben hat auch im steinichten Boden Tirols bereits Wurzel gefasst; ihr Vorkämpfer ist der als Schulmann verdiente Dekan und Stadtpfarrer Dr. Matthäus Hörfarter*) in Kufstein, welcher dort den ersten Kindergarten in Tirol gründete und seit einigen Jahren auch in einem mit dem Oeffentlichkeitsrechte versehenen Privatcourse Kindergärtnerinnen bildet. Seither sind Kindergärten in Innsbruck, Meran, Trient und Sacco (bei Roveredo) entstanden; in Bozen und Hall werden deren in nächster Zeit eröffnet werden. Den Clericalen sind die Kindergärten ein furchtbarer Gräuel. In Bozen griff sogar ein feudalclericaler Junker, in dem man bis dahin alles eher, als einen Pädagogen erblicken mochte, zur Feder, um gegen Fröbels Schöpfung loszustürmen. Die „N. Tiroler Stimmen“ bewiesen die Schädlichkeit derselben durch sinnig zusammengestellte Citate aus — Julius Fröbel's „System der socialen Politik!“ Durch die öffentliche Heiterkeit über ihre pädagogischen Kenntnisse auf die fatale Verwechslung des Politikers Julius Fröbel mit dem Pädagogen und Gründer der Kindergärten Friedrich Fröbel aufmerksam gemacht, wussten sie sich in ihrer Art rasch zu helfen und erklärten, wenn auch der Stifter der Kindergärten nicht dieser Julius Fröbel sei, so habe selbiger Julius doch

*) In der Collectivausstellung des österreichischen Unterrichtsministeriums 1873 war ein Modell des Kindergarten-Seminars von Dr. M. Hörfarter zu sehen, welches allseitigen Beifall fand.

deutlich gezeigt, wohin der Liberalismus und somit auch die liberale Erziehung in ihrer nothwendigen Entwicklung komme. Mit gleicher Verwechslung spielte auch ein Sonntagsprediger in Hall von der Kanzel den einen Fröbel gegen den andern aus, welche muthige Heldenthat ihm von Seite einiger Dorfgemeinden das — Ehrenbürgerrecht eintrug.

Es ist ein kleines Stück des grossen allgemeinen Kampfes der Zeit, welches im Vorstehenden wahrheitsgetreu geschildert worden ist. Möge die reichs- und verfassungsfreundliche Partei in Tirol keine Ursache haben, befürchten zu müssen, dass nach so schweren, jahrelangen Kämpfen und Mühen die Volksschule abermals der clericalen Herrschaft überantwortet werde!

II.

EIN REICHSGESETZ

FÜR

SCHULAUF SICHT.

THE UNIVERSITY OF CHICAGO

THE UNIVERSITY OF CHICAGO

1.

Es ist ein grelles Bild, das ein Schulmann im Vorhergehenden entwirft, und es drängt sich jedem Ehrlichen die Frage auf, ob das Reich solchem exorbitanten Gebahren in einer Provinz gegenüber sich ganz unthätig verhalten dürfe.

„Die Reichsgesetzgebung ist berufen und aufgefordert, der Landesgesetzgebung die verfassungsmässige freie Bahn zu öffnen, damit selbe die näheren Anordnungen, betreffend die Organisirung des Schulwesens in den Ländern, treffen könne.“

„Unbedingt aber soll die Emancipation der Schule von der Kirche durch das Reichsgesetz sichergestellt werden vor Anfechtungen irgend welcher Art. *)“

Auf diesen Grundsätzen beruht das Schulgesetz vom 25. Mai 1868, und nach diesen Grundsätzen ist seither auch die Landesgesetzgebung vorgegangen. — Nur in Tirol gelang es bisher einer mächtigen Partei, mit rechtmässigen und unrechtmässigen Mitteln, den Segen der neuen Schulgesetzgebung vom Lande fernzuhalten. — Es lag in der Natur der Verhältnisse, dass ein Abgeordneter dieses Landes bei der Reichsvertretung Hilfe suchte gegen den Landtag, den diese Partei be-

*) Dr. Figuly: „Bericht des conf. Ausschusses mit Vorlage eines Entwurfes zu einem Gesetze, wodurch Bestimmungen über das Verhältniss der Schule zur Kirche nach dem Grundsatz der Emancipation der ersteren von der letzteren festgestellt werden.“ (1867) S. 4 und 6.

herrscht, Hilfe für das bildungsbedürftige und bildungsfreundliche Volk von Tirol. Und erst die directe Wahl verschaffte den Vertretern dieses Volkes die Möglichkeit, den Schutz des Reiches anzurufen gegen die Herrschaft einer bildungsfeindlichen Landtags-Majorität.

Hilfe konnte nur ein neues Reichsgesetz für Schulaufsicht bieten, das in Ergänzung und im Geiste des Reichsgesetzes vom 25. Mai 1868 die Organisation der Schulbehörden in ihren Grundzügen für Land, Bezirk und Gemeinde regelte; denn nur ein solches konnte auch in Tirol die Emancipation der Schule von der Kirche zur Wahrheit machen.

Darum stellten Wildauer und Genossen am 21. November 1874 im Abgeordnetenhouse folgenden Antrag:

„Das hohe Haus wolle beschliessen, dem nachstehenden Gesetzentwurfe seine Zustimmung zu ertheilen:

Gesetz,

mit welchem in Ergänzung des Gesetzes vom 25. Mai 1868 grundsätzliche Bestimmungen über die Schulaufsicht erlassen werden.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes finde ich anzuordnen, wie folgt:

§. 1.

Insofern nicht durch die Landesgesetzgebung bereits etwas Anderes bestimmt ist, gelten für die Einrichtung der Schulbehörden in den Königreichen und Ländern folgende Grundsätze:

1. Vorstand der Landesschulbehörde ist der Statthalter (Landeschef) oder dessen Stellvertreter.

Die Mitglieder der Landesschulbehörde, mit Ausnahme der Abgeordneten des Landesausschusses und bedeutender Gemeinden, werden vom Kaiser ernannt.

2. Vorstand der Bezirksschulbehörde ist der Chef der politischen Bezirksverwaltung.

Die Bezirksschulinspectoren ernennt der Unterrichtsminister, dem die Landesschulbehörde fachkundige, namentlich im Lehramte erprobte Männer vorzuschlagen hat.

3. Vorstand der Ortsschulbehörde ist der Gemeindevorsteher des Schulortes oder ein von ihren Mitgliedern gewählter Obmann.

Rein administrative Schulangelegenheiten können der Gemeindevorsteherung zur Besorgung übertragen werden.

Die Bezirksschulbehörde ist befugt, zur Beaufsichtigung des Zustandes der Schule einen besonderen Ortsschulinspector zu ernennen, der, wenn er nicht bereits Mitglied der Ortsschulbehörde ist, kraft der Ernennung in dieselbe eintritt.

4. Für die Abgrenzung des Wirkungskreises der Schulbehörden sind die Competenzbestimmungen des Gesetzes vom 14. Mai 1869 massgebend.

§. 2.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Kundmachung in Wirksamkeit.

§. 3.

Mit dem Vollzuge des Gesetzes ist der Unterrichtsminister beauftragt, der die Schulaufsicht bis zum Zustandekommen des betreffenden Landesgesetzes nach den vorstehenden Bestimmungen zu regeln und die nöthigen Instructionen zu erlassen hat.

Dieser Antrag möge einem unmittelbar vom Hause zu wählenden Ausschusse von neun Mitgliedern zur Vorberathung zugewiesen werden.

Wien, 21. November 1874.

Dr. Wildauer, Dr. Giacomo Marchetti, Dr. Dürrnberger, Dr. Schaffer, Dr. Dordi, J. L. Canaval, Ritter, Dr. Mendini, Dr. Max Menger, Dinstl, Grebmer, Göllerich, Schürer, Hugo Goldegg, Dr. C. Hoffer, Ganahl, Promber, Dr. Gross, Fux, Dr. Heilsberg, Dr. Kaiser, Baron Cnobloch, Dr. Egger, Giovanni Ciani, Dr. Josef Kopp, Dr. Wedl, Dr. Keil, Russ, Deschmann, Nischelwitzer, Eduard Suess, Dr. Wegscheider, Dr. Edlbacher.

So einfach und natürlich dieser Antrag dem Reichsfreunde erscheinen mag, so heftigen Widerspruch fand er gleich bei der ersten Lesung von Seite der clericalen Partei, die durch ihn ihre letzte Domäne, Tirol, gefährdet sah.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 30. November 1874 begründete Dr. Wildauer das neue Reichsgesetz für Schulaufsicht in massvoller und überzeugender Weise durch eine Rede, deren Hauptmomente wir nach dem stenographischen Protokolle *) wiederholen:

Hohes Haus! Ich habe die principielle Bedeutung und die Tragweite meines Antrages gar wohl erkannt, ehe ich mich entschloss, mit demselben vor das hohe Haus zu treten. Darum sind auch meinem Entschlusse eingehende, gewissenhafte Erwägungen, lange und umfassende Berathungen mit Männern der Politik, wie mit gewiegten Männern der Schule vorangegangen, und ich fasste meinen Entschluss erst, als der Gedanke in mir unerschütterlich feststand, dass es eine Pflicht sei gegenüber meinem Vaterlande, wie gegenüber dem Reiche, endlich einmal den Gegenstand, mit welchem sich der Entwurf befasst, hier im Parlamente zur Sprache zu bringen.

Der Antrag ist, wie ich gerne gestehe, durch die tirolischen Verhältnisse veranlasst, aber er ist bei Weitem nicht auf diese allein berechnet.

Das Verlangen, für die kranken Schulzustände meines Heimatlandes eine Heilung zu suchen, hat mir den Anstoss gegeben, aber das Mittel, das ich vorlege, meine Herren, hat eine viel weiter reichende Perspective als die Beseitigung einer momentanen Verlegenheit, die der Reichsgewalt in den Bergen bereitet ist.

Aber um dem hohen Hause eine volle Uebersicht über die Gedanken unserer Vorlage und ein eingehendes Urtheil über deren Werth oder Unwerth zu ermöglichen, werde ich so frei sein, über drei Punkte zu sprechen. Erstlich werde ich in einfachster Weise klarzulegen suchen, in welchem Verhältnisse unser Vorschlag zu dem geltenden Reichsgesetze steht, und inwieweit er über dasselbe hinausreicht. Zweitens werde ich das Bedürfniss nachzuweisen suchen, welches zu diesem Hinausgehen über die Reichsgesetzgebung treibt, und drittens werde ich zeigen, dass der Vorgang, den wir einschlagen, durch die bisherige Reichsgesetzgebung schon vorgezeichnet sei. Kurz, ich will über Gehalt, Grund und Methode unserer Gesetzesergänzung sprechen.

Was nun den ersten Punkt anbelangt, so ist das Verhältniss unseres Vorschlages zu dem geltenden Reichsgesetze kurz folgendes: Das Staatsgrundgesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger stellt im Artikel 17 fest, dass dem Staate das Recht der

*) Sitzung des Abgeordnetenhauses am 30. Nov. 1874. S. 3910.

obersten Leitung und Aufsicht über das gesammte Erziehungs- und Unterrichtswesen zusteht. Das Reichsgesetz vom 25. Mai 1868, welches eben durch unseren Vorschlag ergänzt werden soll, nimmt diesen Grundsatz auf und stellt ihn im §. 1 an die Spitze, leitet daraus mehrere grundsätzliche Folgerungen ab und bestimmt endlich von §. 9 an die Organe, durch welche der Staat das ihm zustehende Recht der obersten Leitung und Aufsicht ausübt.

Die oberste Leitung und Aufsicht übt der Staat durch das Ministerium für Cultus und Unterricht (§. 9); in den einzelnen Königreichen und Ländern aber werden zur Leitung und Beaufsichtigung der Volksschulen und Lehrerbildungsanstalten, wie des gesammten Erziehungswesens drei Schulaufsichts-Instanzen gebildet: der Landes-, Bezirks- und Ortsschulrath. An diese neu zu schaffenden Organe haben die Amtsbefugnisse der früher bestandenen Schulbehörden überzugehen. Im §. 12 endlich bestimmt das Gesetz den Vorsitz und die Zusammensetzung der Landesschulbehörden.

Meine Herren, diesen eben mitgetheilten weiten, in grossen Umrissen gezeichneten Rahmen des Reichsgesetzes hält unser Gesetzesvorschlag vollständig fest; er nimmt von den Lineamenten desselben kein Stücklein weg, fügt aber einige neue Züge hinzu.

Dieses Neue ist im §. 1, Ziffer 1, 2, 3 enthalten und giebt Bestimmungen von zweierlei Art; einerseits über den Vorsitz und die Vorstandschaft in den drei Schulaufsichts-Instanzen, andererseits Bestimmungen über die Art der Ernennung der einzelnen Mitglieder. In der einen wie in der anderen Richtung hat unser Entwurf an die bestehende Reichsgesetzgebung angeknüpft und dieselbe nur um einen kleinen, aber wichtigen, folgenreichen Schritt weiter geführt. Während nämlich das Gesetz vom 25. Mai 1868 sich einfach damit begnügt, die Vorstandschaft bloss für den Landesschulrath zu normiren, dehnt unser Entwurf diese Normirung auch auf den Bezirks- und Ortsschulrath aus. Aehnlich verhält es sich bezüglich der Ernennung gewisser Mitglieder.

Das Reichsgesetz vom 26. März 1869, betreffend die Systemisirung der auf Staatskosten zu besetzenden Dienstplätze bei dem Landes- und Bezirksschulrathe, schreibt im §. 2 vor, dass die Landesschulinspectoren über Vorschlag des Ministers für Cultus und Unterricht durch den Kaiser ernannt werden. Unser Entwurf dehnt diese kaiserliche Ernennung auch auf die anderen Mitglieder der Landesschulbehörde aus und bestimmt weiter auch die Art der Ernennung der Bezirks- und Ortsschulinspectoren.

Hierin, meine Herren, liegt die ganze Summe von Neuerungen, die ich mir vorzuschlagen erlaube, und die Herren haben daraus deutlich ersehen, dass die grundsätzlichen Bestimmungen, die wir vorschlagen, aus

der Reichsgesetzgebung selbst hervorwachsen und in derselben bereits triebkräftige Ansätze sich vorfinden.

Es fragt sich nun, worin das Bedürfniss liegt, über die bisherige Reichsgesetzgebung in der vorgeschlagenen Weise hinauszugehen, die in ihr allerdings vorhandenen Keime zu entwickeln oder die Linien weiterzuführen. Der erste Grund liegt darin, dass die Keime selbst nach Entwicklung verlangen, weil das Princip, in welchem sie liegen, eine schärfere, ausdrucksvollere Ausprägung erheischt. Dieses Princip ist das der staatlichen Leitung und Beaufsichtigung des Erziehungs- und Unterrichtswesens. In diesem Principe, meine Herren, sind alle von uns vorgeschlagenen grundsätzlichen Bestimmungen schon mitgesetzt, mitgedacht, mitbeabsichtigt, sie können in ihrem wesentlichen Inhalte aus diesem Grundprincipe abgeleitet und begründet werden.

Unsere Forderung geht also nun daraufhin, dass das, was ursprünglich schon in dem Gesetze gedacht war, jetzt auch ausdrücklich legislativ festgestellt würde.

Die Sache scheint mir nämlich so: Hat der Staat die oberste Leitung und Aufsicht über das Unterrichts- und Erziehungswesen, so müssen die Behörden, durch die er dieses sein Recht übt, nothwendig seine Behörden, sie müssen administrative Staatsbehörden sein und diesen Charakter auch sichtbar an sich tragen, sowohl nach der Seite der Leitung, als auch nach der Seite der Aufsicht. Hat der Staat die oberste Leitung im Unterrichtswesen, dann müssen die leitenden Behörden, durch die er dieses Recht übt, nothwendig an ihrer Spitze staatliche Administrativ-Organe haben, um den Charakter der Staatsleitung sichtbar auszuprägen. Will man daher nicht eigene Vorstände von Staatswegen ernennen, will man sich vielmehr an das gegenwärtig geltende administrative System anschliessen, so sind die staatlichen Organe der Vorstandschaft von selbst schon gegeben, nämlich die Landeschefs, die Bezirkschefs und die Gemeindevorsteher.

Sehen wir nun nach der Seite der Aufsicht. Hat der Staat die oberste Aufsicht, dann ist nothwendig, dass die eigentlichen Träger dieser Aufsicht, die Aufseher, die Inspectoren aller Grade vom Staate ernannt werden.

Wenn nun schon das Gesetz vom 26. März 1869 in dem früher verlesenen §. 2 ausdrücklich vorschreibt, dass die obersten Träger der Staatsaufsicht im Lande, die Landesschulinspectoren, durch den Kaiser ernannt werden, so ist es nur folgerichtig, dass die Ernennung der Bezirksinspectoren dem Minister eingeräumt wird.

Nach §. 9 hat ja der Minister das dem Staate zustehende Recht der obersten Leitung und Aufsicht zu üben. Er muss also auch berechtigt sein, jene Organe, die in seinem Namen und unter seiner Verantwortlichkeit

die Aufsicht des Staates im Bezirke üben, nach der freien Wahl seines Vertrauens zu bestellen.

Dass endlich die Ernennung nicht blos der Landesschulinspectoren, sondern auch anderer Mitglieder der Landesschulbehörde, dieser obersten Staatsbehörde für die Schulen des Landes vom Staatsoberhaupte ausgehe, brauche ich in einer österreichischen Parlamentsversammlung nicht weiter zu begründen. Eine Ausnahme, meine Herren, kann nur für die Abgeordneten politischer, staatsrechtlicher Körperschaften, wie es die Landesausschüsse sind, zugestanden werden.

Für die Richtigkeit meiner Schlussfolgerung, meine Herren, kann ich mich auf zwei Thatsachen berufen, deren eine positiv, die andere negativ meine Deduction bestätigt. Positiv: alle Landtage, welche Landesgesetze zustande gebracht haben, haben die von uns vorgeschlagenen grundsätzlichen Bestimmungen in ihre Landesgesetzgebung aufgenommen und damit die Nothwendigkeit der allgemeinen Giltigkeit, den grossen, durchgreifenden principiellen Charakter derselben positiv anerkannt, und umgekehrt, ein Landtag, der diese Bestimmungen ausschliessen und andere an deren Stelle setzen wollte, hat damit das Reichsgesetz vom 25. Mai 1868 selbst verlassen müssen.

Wir können uns durch eine negative Probe sehr leicht von der Wahrheit des Gesagten überzeugen. Nehmen wir irgend ein Moment aus unserem Vorschlage heraus und setzen wir ein gegentheiliges an die Stelle, so wird sofort der Charakter der Staatsaufsicht verschwinden. Man gebe z. B. principiell den Landesbischöfen wegen ihrer hohen Kirchenwürde, also priori jure Sitz und Stimme im Landesschulrath, wie das irgendwo verlangt worden ist, dann würden z. B. die sieben Landesbischöfe Dalmatiens, diese Repräsentanten einer ausserstaatlichen Gewalt, das einzig Stabile, das einzig Bleibende in der Staatsbehörde sein. Die nicht vom Kaiser ernannten Mitglieder würden den bleibenden Grundstock der kaiserlichen Staatsbehörde bilden. Während alles andere um sie im irdischen Wechsel kreist, sitzt der hierarchische Geist unbeweglich und ruhig im Landesschulrath. Oder man bindet den Minister bei der Auswahl der Bezirksschulinspectoren an die Kreise des Seelsorgeclerus, so dass nur der Ortsseelsorger Bezirksschulinspector werden könnte; durch eine solche Beschränkung würde das Aufsichtsrecht des Ministers selbst beschränkt oder aufgehoben, indem dem Staate zugemuthet wird, nicht mit eigenen Augen, sondern mit fremden Augen, mit denen der Hierarchie zu schauen. Oder man räume durch das Gesetz dem Ortsseelsorger den privilegierten Vorsitz im Ortsschulrath ein — dann wird die Leitung dieser Ortsbehörde an ein kirchliches Amt gebunden und der Grundsatz der staatlichen Leitung in significantester Weise durchbrochen. Darum hat auch der damalige Regierungsvertreter in Tirol mit jener Scharfsichtigkeit

und Klarheit, die ihn auszeichnet, die Forderungen des Tiroler Landtages ruhig abgelehnt, als unvereinbar mit dem früher angeführten Principe des Staatsgrundgesetzes, als unvereinbar mit dem Sinne und Wortlaute des Reichsgesetzes vom 25. Mai 1868.

Man könnte nun freilich einwenden, dass diese grundsätzlichen Bestimmungen allerdings recht wohl begründet, dass sie aber heute nur von theoretischer Bedeutung seien, practisch aber lange zu spät kommen, da ja überall Landesgesetze bestehen, welche die Principien in sich aufgenommen haben.

Hohes Haus! Das hiesse die Tragweite unseres Vorschlages verkennen. Werden die Grundsätze, die wir vorschlagen, im Parlamente zum Gesetze erhoben, dann bilden sie für die Zukunft einen unüberschreitbaren Rahmen, innerhalb dessen die zukünftige Landesgesetzgebung sich überall zu bewegen hat. Und das scheint mir von hohem Werthe zu sein. Die Landtags-Majoritäten können wechseln, wie wir das dauernd oder vorübergehend in diesem oder jenem Lande schon erlebt. Neue Majoritäten können andere Zwecke verfolgen, als die Ausbildung und Befestigung des Gedankens der Staatshoheit über die Schulen; neue Majoritäten können Beschlüsse fassen, die hart an dieses Princip stossen oder über dasselbe hinweggreifen. Allerdings, eine gesetzestreue, von der Hoheit des Staatsgedankens durchdrungene Regierung wird einem solchen Beschlusse die Genehmigung versagen. Aber die politische Vorsicht dürfte es doch gerathen erscheinen lassen, frühzeitig genug ein deutliches, sichtbares Non plus ultra aufzustellen, klare, feste Marksteine zu errichten, welche die Landesgesetzgebung in künftiger Zeit zu respectiren hat.

Dass die Zustände in Tirol ein zwingendes Bedürfniss enthalten, die dortige provisorische Einrichtung von der Basis einer Verordnung auf die feste Grundlage eines klaren, unzweideutigen Gesetzes zu stellen, brauche ich nach dem, was den Herren seit Jahren aus unserem Lande bekannt geworden ist, nicht weiter auseinanderzusetzen.

Ich will natürlich die manchen gröberen Excesse, die manchen Fälle von Renitenz nicht in Abrede stellen und nicht beschönigen. Aber im Ganzen und Grossen ist der Paroxysmus überwunden und sind den Schulgesetzen die Wege wenigstens geebnet.

Der Statthalter des Landes, den wir in den Jahren 1868, 1869 und 1870 zu besitzen das Glück hatten, führte ein vorsichtiges, weitschauendes, aber ruhiges, entschlossenes, festes Regiment, traf manche tiefwirkende Massnahmen, deren Erfolg nicht mehr verwischt werden konnte, und hat sich insbesondere ein nicht genug zu schätzendes Verdienst erworben durch die Auswahl von Bezirksschulinspectoren, um die uns — es sei mit Bescheidenheit gesagt — manches Land beneiden könnte.

Männer, voll von Kenntnissen und Thatkraft, mit ebensoviel Tact als Entschlossenheit, einer grossen Sache sich widmend, einem grossen Zwecke sich opfernd, gingen sie im Auftrage des Staates hinaus auch in solche Bezirke, die man gegen sie aufzureizen suchte, auch in solche Gemeinden, in denen man sie als unbefugte Eindringlinge und als Apostel des Unglaubens verdächtigte, gingen auch in solche Schulen, aus denen man unter Umständen die Kinder holte. Aber mit Tact und Ausdauer widmeten sie sich ihrer grossen Aufgabe in der Ueberzeugung, dass der Wahn der Wahrheit weichen müssen. Und richtig, das Volk kam und überzeugte sich, das Misstrauen wandelte sich in Vertrauen, und die vorzüglichen Bezirksschulinspectoren, die Lasser ausgewählt, sie wurden von den Gemeinden aufgesucht, um Rath und Hilfe angegangen.

Meine Herren! Mit den provisorischen Einrichtungen, die getroffen sind, und mit den Personen der Inspection aller Grade hätten wir alle Ursache, zufrieden zu sein; wir würden keine Aenderung wünschen, wenn nicht eine, und zwar die wesentlichste Vorbedingung fehlte: die allgemeine Anerkennung und die Bürgschaft der Dauer.

Das kann aber nur durch ein klares, festes, auch dem gemeinen Manne erkennbares Gesetz erreicht werden.

So lange das Gesetz fehlt, meine Herren, ist der mühselig errungene Umschwung nicht befestigt, so lange das Gesetz fehlt, ist der mühselig aufgerichtete Bau der Schulaufsicht immer in Gefahr, wieder ins Schwanken zu gerathen.

Es ruhen nämlich alle Einrichtungen bei uns auf dem Grunde einer von mir freudig begrüßten, entschlossenen Verordnung, der Ministerial-Verordnung vom 10. Februar 1869, einer Verordnung, deren Legalität aber leider bestritten und insbesondere in solchen Momenten angefochten wird, wo deren Anerkennung von entscheidender Bedeutung wäre.

Ich bringe nur ein Beispiel aus jüngster Zeit. Im Jänner d. J. gedachte der Tiroler Landtag endlich auch der armen, gedrückten Volksschullehrer und beschloss eine Subvention derselben mit 20.000 fl. Von verfassungstreuer Seite wurde nun das Ansinnen gestellt, dass die Vertheilung der Subvention an die Lehrer nach dem Masse ihrer Dürftigkeit unter der Mitwirkung der Landesschulbehörde geschehen möge. Auf diese Zumuthung erfolgte aus der Mitte der Majorität aus priesterlichem Munde eine für unsere Frage höchst lehrreiche Antwort, die im Wesentlichen also lautet: „Die Standpunkte hüben und drüben sind so verschieden, dass sie durch eine tiefe Kluft in alle Ewigkeit vor Vereinigung gesichert sind. (*Heiterkeit links.*) Was der Herr Vorredner als die competente, zu Recht bestehende Behörde erklärte, die erkenne ich nicht als competent, nicht als zu Recht bestehend an; denn sie beruht

nur auf der Unterlage einer Verordnung, gegen welche das Land einst laut genug protestirt hat.“

Meine Herren! Wenn ein solches Wort im Landtagssaale gesprochen durch die Fenster desselben hinaus klingt in die Berge und Thäler des Landes, kann es dort etwas Anderes als Verwirrung stiften? Und wenn dann der Landesausschuss über die Verhältnisse des Lehrstandes, über die Dürftigkeit und Würdigkeit der zu unterstützenden Lehrer sich nicht mit den kaiserlichen Schulbehörden ins Einvernehmen setzt, sondern mit den Ordinariaten (*Rufe links: Hört! Hört!*), wenn er sich die Berichte der fürstbischöflichen Schulcommissäre und nicht der kaiserlichen Bezirksschulinspectoren vorlegen lässt, welche Frucht kann aus solchem giftigen Samen wachsen? Ich weiss nicht, ob ein innerer Zusammenhang besteht, aber einige Wochen, nachdem diese kecken Worte im Landtagssaale erklingen, wurde ein Bezirksschulinspector im Thale Passeier mit Steinwürfen empfangen! (*Rufe: Hört! Hört!*) Im October d. J., im vergangenen Monate, verhandelte der Landtag abermals über die Subventionirung der Lehrer, und unser Antrag, dass die Vertheilung der Subventionsbeträge unter Mitwirkung der kaiserlichen Schulbehörden geschehe, wurde abermals abgelehnt. Liegt darin nicht das zwingendste Bedürfniss, jene Behörden, jene Aufsichtsorgane, die jetzt auf der Basis einer vielfach bestrittenen Verordnung stehen, endlich auf den festen Boden eines klaren, unanfechtbaren Gesetzes zu stellen?

Nur noch einige Worte über den dritten Punkt!

Meine Herren! Habe ich ihnen einige Gründe vorgetragen, welche zur Unterstützung unseres Antrages dienen, so dürfte es auch zur Empfehlung desselben dienen, dass er sich auf jener Bahn bewegt, auf welcher ihm die Reichsgesetzgebung gerade in Schulangelegenheiten wiederholt schon vorausgegangen ist. Die Art, wie wir eine Ergänzung schaffen wollen, ist nichts Neues in unserer Reichsgesetzgebung, sondern man betritt, wie gesagt, nur eine Bahn, auf welcher die Reichsgesetzgebung selbst und gerade in Schulsachen wiederholt sich bewegt hat, so oft sie das Bedürfniss einer nachträglichen Aenderung fühlte.

Ich werde drei Präcedenzfälle vorführen.

Das leuchtende Beispiel gibt uns das Reichsvolksschulgesetz vom 14. Mai 1869. Das oft citirte Gesetz vom 25. Mai 1868 hat in seinem §. 13 die gegenseitige Abgrenzung des Wirkungskreises des Landes-, Bezirks- und Ortsschulrathes ganz und vollständig, unverkürzt, ohne irgend einen Rückhalt den Landtagen zugewiesen. Aber bald kam man zur Ueberzeugung, dass im Interesse einer einheitlichen Administration auch einheitliche, durchgreifende Bestimmungen getroffen werden müssen, und schon das Reichsgesetz vom 14. Mai 1869 hat in wenigstens 24 Paragraphen

die Abgrenzung des Wirkungskreises selbst vorgenommen, jedoch zur Vermeidung jedes Conflictes mit den inzwischen entstandenen Landesgesetzen im §. 74 folgende vorsichtige Anordnung getroffen, die ich mit Bewilligung des Herrn Präsidenten mir vorzulesen erlaube: „Die im gegenwärtigen Gesetze enthaltenen Competenzbestimmungen finden nur da Anwendung, wo dieselben nicht bereits durch die Landesgesetzgebung festgestellt sind.“ Was thut nun unser Entwurf anders? Das Reichsgesetz vom 14. Mai 1869 hat den §. 13 des Gesetzes vom Jahre 1868 geändert und hat ein durch jenen Paragraphen den Landtagen überlassenes Gebiet zum grossen Theile wieder in den Besitz des Reiches zurückgenommen.

Ein zweiter Präcedenzfall findet sich im §. 34 des nämlichen Gesetzes. Hier heisst es (*liest*): „Die Unterrichtssprache wird, soweit das Landesgesetz nicht etwas Anderes bestimmt, auf Vorschlag der Landesschulbehörde vom Unterrichtsminister festgestellt.“

Und noch ein drittes leuchtendes Beispiel finden wir im Gesetze vom 26. März 1869, welches die Systemisirung der auf Reichskosten zu besetzenden Dienstplätze bei den Landes- und Bezirksschulräthen betrifft; einem Gesetze also, welches sich ebenfalls auf dem Boden getheilter Competenz bewegt. Dieses Gesetz bindet eine neue, im Gesetze vom 25. Mai noch nicht enthaltene, dasselbe vielmehr ergänzende Bestimmung vorsichtig an eine beschränkende Clausel, „inwieferne nicht durch die Landesgesetze etwas Anderes bestimmt wird.“

Meine Herren! Sie haben gesehen, dass die Art und Weise, wie unser Entwurf eine Ergänzung einzuführen strebt, durch die legislative Praxis des Reiches geweiht und durch die höchste Autorität in diesen Dingen, die Reichsgesetzgebung selbst, gegen jede Anfechtung sichergestellt ist.

Wollen daher die Abgeordneten die Güte haben, unseren Antrag für würdig zu befinden, dass er an einen Ausschuss verwiesen werde. Der Ausschuss möge aus neun Mitgliedern bestehen und durch unmittelbare Wahl des Hauses selbst bestellt werden.

Dass Sie dies thun mögen, dafür erlaube ich mir eine kurze Erinnerung noch beizufügen.

In sechs Tagen, am künftigen Sonntage, werden gerade die hundert Jahre voll, seit die Kaiserin Maria Theresia durch die allgemeine Schulordnung vom 6. December 1774 die Volksschulen in Oesterreich neu begründet, ja, man kann sagen, aus dem Nichts neu geschaffen hat.

Meine Herren! Wir können die Säcularfeier dieses grossen Ereignisses nicht würdiger begehen, wir können dem Andenken der grossen Kaiserin, der Mutter ihrer Völker und der Mutter unserer Volks-

schulen, kein dankerfüllteres, würdigeres Fest widmen, als indem wir uns zusammenthun und Beschlüsse fassen, durch die wir wenigstens den Anfang machen, um die Reichsschulgesetze, die das Leben und die Gesundheit der modernen Schule in Oesterreich bilden, in allen Ländern des Reiches zum wirksamen, erfolgreichen Vollzuge zu bringen.

Mit dem Wunsche, dass Gott es so walten möge, empfehle ich Ihnen so sehr als Oesterreicher wie als Tiroler meinen Antrag. (*Lebhafter Beifall und Händeklatschen links.*)

Darauf erhob sich Dr. Graf, der clericale Abgeordnete von Tirol, um mit kühner Stirne angesichts der Reichsgesetze von 1868 und 1869 zu behaupten: „Die Volksschulfrage und ihre Lösung gehört lediglich und ganz in die Landtage“, die Competenz des Hauses in dieser Frage zu bestreiten und in unglaublicher Verblendung die Verfassungspartei des Verfassungsbruches anzuklagen. — Ja, er deutete auf einen möglichen Abfall seiner Partei von der Reichsvertretung hin, wenn diese es wage, das Reichsinteresse zu wahren.

Ihm entgegnete zunächst Abgeordneter Dr. Hoffer*) (Wien):

Wenn ein Antrag auf Erlassung eines Gesetzes in diesem hohen Hause eingebracht wird, und wenn dagegen das Bedenken erhoben wird, dass dieser Antrag im Widerspruche mit der Verfassung stehe, dass das blosse Eingehen in die Berathung des Gesetzes, ja nur die Wahl eines Ausschusses, welchem der Entwurf zugewiesen werden soll, eine Verfassungsverletzung involvire: dann ist es wohl geboten, dass man gegen eine solche Ansicht laut und ernstlich die Stimme erhebt; denn gerade die Hochhaltung der Verfassung und ihrer Bestimmungen ist die Grundlage unserer gesammten Thätigkeit, nicht nur auf dieser (*linken*), sondern sie soll es auch auf jener (*rechten*) Seite dieses hohen Hauses sein. Die Verfassung nun enthält bezüglich der Volksschulgesetzgebung im §. 11 die Bestimmung, dass dem Reichsrathe die Feststellung der Grundsätze des Unterrichtswesens bezüglich der Volksschulen und der Gymnasien, dann die Gesetzgebung der Universitäten vorbehalten ist, und in Ausübung dieses Rechtes, in voller Uebereinstimmung mit der Ver-

*) Stenographisches Protocoll der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 30. Nov. 1874. S. 2918.

fassung wurde daher auch das Reichsschulgesetz, jene feste Grundlage des Volksschulwesens des Reiches, von der Reichsgesetzgebung erlassen, und wurde, wie der Steller und Begründer dieses Antrages ganz treffend bemerkte, gerade in der Richtung der Organisation und Gliederung der Volksschulaufsicht das Gesetzgebungsrecht von der Reichsvertretung geübt und gehandhabt. Der Landesgesetzgebung ist durch die Verfassung nichts Anderes in dieser Richtung vorbehalten, als dasjenige, was die Ausführung der Bestimmungen der Reichsgesetzgebung betrifft, und wenn es sich nun ereignet, dass das Recht der Landesgesetzgebung, oder eigentlich, dass die Passivität in dieser Richtung dazu benützt werden soll, um wichtige, folgenschwere Reichsgesetze nicht ins Leben treten zu lassen, dann ist es eine unserer ersten Aufgaben — und eine würdige und bedeutende Aufgabe des direct gewählten Vollparlamentes — die Verfassung in dieser Richtung zur Wahrheit zu machen, indem die auf Grund derselben erlassenen und innerhalb des Rahmens derselben beschlossenen und von der Krone sanctionirten Reichsgesetze auch verwirklicht und zur Wahrheit gemacht werden. (*Rufe links: Sehr richtig!*)

Ein ähnliches Verhältniss ist es, um das es sich hier handelt. Das Reichsvolksschulgesetz ist zu verlebendigen, und auf der anderen Seite haben wir eine Landesvertretung, deren Majorität ihre Aufgabe darin zu erblicken glaubt, dass sie dieses Reichsvolksschulgesetz im Wege der Landesgesetzgebung in sein Gegenteil umwandelt, denn um etwas Anderes handelt es sich hier nicht.

Der Grundsatz, dass der Staat die oberste Leitung des gesamten Unterrichtswesens hat, soll umgekehrt werden in den Grundsatz, dass in einem Lande nicht der Staat, sondern eine Kirche im Staate das oberste Leitungs- und Aufsichtsrecht hat. Dieser Grundsatz aber darf nicht durchgeführt werden, denn die Gleichheit der verschiedenen Confessionen auch gegenüber den Schulen ist ebenso staatsgrundgesetzlich begründet, wie das staatliche Obergerichtsrecht.

Der vorliegende Antrag greift in keiner Weise in die Befugnisse und in das Gebiet der Landesgesetzgebung ein, er wahrt dieselben, soweit sie in der Verfassung begründet sind, aber er macht das Reichsvolksschulgesetz dort zur Wahrheit, wo dies selbst heute noch nicht der Fall ist.

Es ist möglich, eine Volksschulaufsicht zu führen und zu üben, in welcher den religiösen Gefühlen des Volkes genügende Rechnung getragen wird, ohne dass man die Volksschule einer Kirche und ihren Organen preisgibt — und nur das wird durch dieses Gesetz verwirklicht. Und wenn nun das hohe Haus, wie ich hoffe, zur Wahl jenes Ausschusses schreitet, wenn es diese Gesetzesvorlage in Erwägung zieht, um in ihr die Grundlage der Verwirklichung des Reichsvolksschulgesetzes zu finden,

so denke ich, dass die Abgeordneten von jener (*rechten*) Seite des hohen Hauses, welche hierin verschiedener Meinung sind, diese verschiedene Ansicht ebenso gut bei der seinerzeitigen Debatte zu vertreten in der Lage sein werden, wie sie es heute waren und, wie sie damit verwirklicht haben, dass dieses Haus es wahrhaft ist, in welchem jede Ansicht zur Geltung kommt, aber dass es das erste Gesetz eines Parlamentes ist, dass diejenigen, welche mit ihren Ansichten in einer Frage nicht durchdringen, sich dem Beschlusse der Majorität fügen, nicht aber bei jeder Gelegenheit die Hand an die Thürklinke legen, um das Haus zu verlassen (*Beifall links*), in welches sie nicht bedingter Weise, nicht unter gewissen Vorbehalten, sondern unter dem Gelöbniss der Aufrechthaltung der Verfassung eingetreten sind.

Ich empfehle das Eingehen auf die Berathung dieses Gesetzes. (*Lebhafter Beifall links.*)

Nach Dr. Hoffer ergriff der Abgeordnete aus Südtirol, Dr. Dordi*) das Wort, um einzelnen Behauptungen des clericalen Landsmannes vom Standpunkte seiner Wähler entgegenzutreten:

Die factischen Bemerkungen, die von dem Herrn Vorredner auf der anderen (*rechten*) Seite des Hauses gemacht worden sind, muss ich kurz widerlegen. Es ist anerkannt worden, dass in der Provinz Tirol in Schulsachen ein irregulärer Zustand besteht. Aber es ist auch gesagt worden, dass man durch die Annahme des Antrages, welcher heute gestellt worden ist, gegen die Gesinnung der Bevölkerung oder der grossen Mehrheit der Bevölkerung stossen würde.

Ich muss mir, meine Herren, erlauben, zu erklären, dass ich hievon durchaus nicht überzeugt bin. (*Rufe links: Hört!*) Ich bin nicht überzeugt, dass diese feindliche Gesinnung gegen die heute vorgeschlagene Massregel in der Gesammtheit der Provinz Tirol besteht. Ich glaube, dass auch im deutschen Theile Tirols es gewiss einen grossen Theil der Bevölkerung giebt, welcher ein solches Gesetz gerne sehen und ihm mit Freude folgen würde. Aber was ich bestimmt sagen kann, ist, dass wenigstens in unserem italienischen Theile Tirols gewiss die immense Majorität der Bevölkerung gegen die Erlassung eines solchen Gesetzes sich nicht feindlich stellen (*Beifall links*), sondern dasselbe mit Beifall und Anerkennung begrüssen würde. (*Bravo! Bravo! links.*)

Wenn davon gesprochen worden ist, dass man in Tirol eine christliche Schule und ein christliches Volk haben will, so muss ich, ohne

*) Stenogr. Prot. vom 30. Nov. 1874. S. 2919.

mich weiter einzulassen, erklären: Auch wir sind ein christliches Volk, auch wir wollen christliche Schulen haben; aber ich glaube nicht, dass, wenn man die oberste Aufsicht über die Schule dem Staate zuwendet, oder wenn man ein Gesetz erlässt, wie dieses ist, man desswegen ein heidnisches Volk wird (*Heiterkeit und Bravo! auf der äussersten Linken*), und desswegen unterstütze ich natürlich den Antrag des geehrten Herrn Collegen Wildauer.

Ich bemerke endlich, dass, wenn der Herr Vorredner sich auf einen Vers Dante's „Lasciate ogni speranza!“ berufen hat, es uns viel freudiger wäre, ihm und seiner Partei sagen zu können, dass wir durchaus nicht alle Hoffnung aufgeben, sondern dass wir hoffen, dass das ganze Land Tirol, also auch jener Theil desselben, dem der Herr Vorredner angehört, und in welchem sich durchaus eine verfassungstreue und gutgesinnte Bevölkerung befindet, zusammenwirken wird, damit die Einheit, Kraft und Macht des gesammten Staates gefördert werde. (*Beifall und Händeklatschen links.*)

Nachdem Dr. Wildauer als Antragsteller noch einige Gegenbemerkungen gemacht hatte, präcisirte Sr. Excellenz der Unterrichtsminister Dr. v. Stremaier*) den Standpunkt der Regierung in folgender, freilich sehr reservierten Weise:

Es ist nicht bloss von Seite des Herrn Antragstellers, sondern auch aus dem Munde des Herrn Abgeordneten aus Tirol von dieser (*rechten*) Seite des hohen Hauses das hohe Interesse betont worden, welches besteht, dass den abnormen Schulverhältnissen in Tirol ein Ende gemacht werden könne. Diesem hohen Interesse nicht bloss des Reiches, sondern auch und gewiss zunächst des Landes Tirol, ist auch der Antrag des Herrn Abgeordneten Dr. Wildauer entstammt. Diesem Antrage entgegen wird in der Zuweisung desselben an einen Ausschuss eine flagrante Verletzung der Competenz des hohen Reichsrathes gefunden. Ich bin daher genöthigt, namens der Regierung zu erklären, dass eine solche in diesem Antrage, der seiner Form nach zunächst nur auf eine Aenderung eines Reichsgesetzes gerichtet ist, gewiss nicht enthalten ist. (*Bravo! Bravo! links und im Centrum.*) Es ist vielmehr Aufgabe des Ausschusses, wenn das hohe Haus demselben den Antrag zuweist, diese Competenzfrage auf das Gewissenhafteste zu prüfen, und das hohe Haus, welches immer und überall seine Competenz so wohl zu wahren verstanden hat, wird gewiss auch in dieser Frage nicht über dieselbe hinausgreifen.

*) Stenogr. Prot. vom 30. Nov. 1874. S. 2921.

In diesem Sinne werde auch ich für die Zuweisung des Antrages an einen Ausschuss stimmen. (*Beifall links und im Centrum.*)

Der Wildauer'sche Gesetzentwurf wurde hierauf über Antrag von Dr. Russ mit grosser Majorität einem Ausschusse von 15 Mitgliedern zugewiesen.

2.

Am 7. Dec. 1874 wurden in den betreffenden Ausschuss gewählt: Graf Coronini, Dr. Julian Czerkowski, Dr. Ferd. Dinstl, Dr. Alois Egger, Freiherr v. Eichhoff, Ritter v. Gniewosz, Dr. Graf, Dr. Herbst, Freiherr v. Hopfen, Dr. Juzyczyński, Freiherr v. Kellersperg, Dr. Russ, Dr. Eduard Suess, Dr. v. Venturi, Dr. Wildauer.

In diesem Ausschusse war das Centrum durch drei, der Club der Linken durch fünf, der Fortschrittsclub durch drei, die polnische Fraction durch zwei, die ruthenische durch einen, die clericale Partei ebenfalls durch einen Abgeordneten vertreten. — Dr. Graf blieb jedoch den Berathungen des Ausschusses ferne, und verschmähte es, seine Opposition auf gesetzlichem Boden fortzusetzen.

Der Ausschuss verhandelte über den Entwurf eines neuen Reichsgesetzes für Schulaufsicht vom 8. December bis 13. Februar in sieben Sitzungen und wählte Dr. Dinstl zum Berichterstatter, weil er bereits 1869 als Berichterstatter über das Reichsvolksschulgesetz fungirt hatte. Der Entwurf hat aber durch den Ausschuss einen Zusatz erhalten, der nicht im Wildauer'schen Antrage gelegen war und die Bedeutung des neuen Gesetzes wesentlich erhöhen konnte.

Da der Ausschuss es unterliess, seine Protocolle zu veröffentlichen, entziehen sich seine Verhandlungen jeder weiteren Mittheilung. Doch ist allgemein bekannt, dass der Unterrichtsminister an denselben den lebhaftesten Antheil nahm.

Am 13. Februar 1875 wurde dem Abgeordnetenhouse folgender neue Entwurf vorgelegt:

G e s e t z,

mit welchem in Betreff der Schulaufsicht ergänzende Bestimmungen zu dem Gesetze vom 25. Mai 1868, R.-G.-Bl. Nr. 48, erlassen werden.

Mit Zustimmung beider Häuser des Reichsrathes finde Ich anzuordnen, wie folgt:

§. 1.

In den Landesschulrath sind unter dem Vorsitze des Statthalters (Landeschefs) oder seines Stellvertreters Mitglieder der politischen Landesstelle, Abgeordnete des Landesausschusses, Geistliche aus den im Lande bestehenden Confessionen und Fachmänner im Lehrwesen zu berufen.

Diese Mitglieder des Landesschulrathes werden, mit Ausnahme der Abgeordneten des Landesausschusses, vom Kaiser ernannt.

Vorsitzender des Bezirksschulrathes ist der Vorsteher der politischen Bezirksbehörde, und in jenen Gemeinden, welche einen eigenen Schulbezirk bilden, der Bürgermeister.

Die Bezirksschulinspectoren, welche der Unterrichtsminister über Vorschlag des Landesschulrathes aus sachkundigen Männern zu ernennen hat, sind als solche Mitglieder des betreffenden Bezirksschulrathes.

Vorsitzender des Ortsschulrathes ist entweder ein von den Mitgliedern aus ihrer Mitte gewählter Obmann oder der Gemeinde- oder Ortsvorsteher.

In jenen Ländern, in welchen nach der Landesgesetzgebung von dem Bezirksschulrathe Ortsschulinspectoren (Ortsschulaufseher) bestellt werden, sind dieselben als solche Mitglieder des betreffenden Ortsschulrathes.

§. 2.

Durch die Landesgesetzgebung sind die näheren Bestimmungen in Betreff der Zusammensetzung und Einrichtung des Landes-, Bezirks- und Ortsschulrathes, sowie in Betreff der gegenseitigen Abgrenzung des Wirkungskreises derselben festzustellen.

Ebenso ist durch das Landesgesetz zu bestimmen, ob und inwiefern ausnahmsweise auch Abgeordnete der bedeutenden Gemeinden in den Landesschulrath einzutreten haben.

§. 3.

Die Ernennung und Dienstbehandlung der Lehrer an den Staatsgymnasien steht dem Minister des Unterrichtes zu. Die Ernennung der Directoren an solchen Lehranstalten ist dem Kaiser vorbehalten.

§. 4.

Auf die bereits auf Grund des Gesetzes vom 25. Mai 1868 (R.-G.-Bl. Nr. 48) zu Stande gekommenen Landesgesetze findet dieses Gesetz keine Anwendung.

§. 5.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Kundmachung in Wirksamkeit.

§. 6.

Mit dem Vollzuge dieses Gesetzes ist der Minister des Unterrichtes beauftragt, welcher bis zum Zustandekommen der betreffenden Landesgesetze die erforderlichen Verfügungen rücksichtlich der Schulaufsicht zu erlassen hat.

Berichterstatter Dr. Dinstl begleitete diesen Entwurf mit folgenden Erläuterungen:

Der Ausschuss, welchem der Antrag des Abgeordneten Dr. Wildauer und Genossen zur Berichterstattung zugewiesen wurde, erkannte es, in Uebereinstimmung mit den Antragstellern, im Interesse der staatlichen Schulaufsicht gelegen, dass über dieselbe zu dem Gesetze vom 25. Mai 1868, R.-G.-Bl. Nr. 48, ergänzende grundsätzliche Bestimmungen, und zwar vornehmlich in der von den Antragstellern beantragten Richtung erlassen werden.

Der gefertigte Ausschuss gestattet sich daher, im Anschlusse den bezüglichlichen Gesetzentwurf vorzulegen, und zur Begründung desselben Folgendes anzuführen:

Zu §. 1. Die von Dr. Wildauer und Genossen beantragten Ergänzungen bezwecken im Wesentlichen, den Schulaufsichtsbehörden den Charakter von staatlichen Verwaltungsorganen zu wahren, und zwar theils durch Bestimmungen über den Vorsitz in denselben, theils durch den Vorbehalt des staatlichen Ernennungsrechtes von Mitgliedern derselben.

Bereits in dem §. 12 des Gesetzes vom 25. Mai 1868 ist die regelnde Bestimmung enthalten, dass der Landeschef im Landesschulrathe den Vorsitz zu übernehmen hat.

Es erscheint daher nur consequent, wenn auch bezüglich der Bezirksschulräthe und Ortsschulräthe die bezüglichen Normen rücksichtlich des Vorsitzes, und zwar in der Weise gegeben werden, dass der Zusammenhang der politischen Verwaltungsbehörden mit den Schulaufsichtsbehörden angemessenen Ausdruck erhält.

Es dient aber offenbar weiters auch zur Klarstellung des Charakters der Schulaufsichtsbehörden als staatlicher Organe, wenn grundsätzlich festgestellt wird, dass jene Mitglieder, welche in der obersten Schulaufsichtsbehörde im Lande — dem Landesschulrathe — nicht durch autonome Körperschaften (den Landesausschuss oder Gemeinden) entsendet werden, vom Kaiser und die für die Durchführung der Schulgesetze so wichtigen Schulinspectoren, welche zunächst für die Unterrichtsverwaltung die Aufsicht über das Volksschulwesen in den Bezirken auszuführen haben, vom Unterrichtsminister ernannt werden.

Die bezüglichen Bestimmungen sind in dem §. 1 des beigeschlossenen Gesetzentwurfes zusammengefasst, und ist in denselben zugleich Vorsorge dafür getroffen, dass den Bezirksschulinspectoren als solchen die Mitgliedschaft in dem betreffenden Bezirksschulrathe und den Ortsschulinspectoren in jenen Ländern, in welchen sie von den Bezirksschulräthen bestellt werden, die Mitgliedschaft in dem betreffenden Ortsschulrathe gesichert ist.

Des Zusammenhanges wegen erschien es auch zweckmässig, aus dem §. 12 des Gesetzes vom 25. Mai 1868 die Bestimmungen wegen der Zusammensetzung des Landesschulrathes wortgetreu aufzunehmen.

In den Landesgesetzen, welche bis jetzt über die Schulaufsicht zu Stande gekommen sind, haben bereits die Grundsätze, welche nun im §. 1 zusammengefasst sind, Aufnahme

gefunden. Ist nun auch in dem §. 4 des vorliegenden Entwurfes, um allen Bedenken zu begegnen, ausdrücklich die Bestimmung aufgenommen worden, dass dieser Gesetzentwurf auf bereits zu Stande gekommene Landesgesetze keine Anwendung finden soll, so zeigt doch die vorhandene Uebereinstimmung, dass diese Bestimmungen von wahrhaft grundsätzlicher Natur und für das gedeihliche Bestehen einer staatlichen Schulaufsicht von höchster Wichtigkeit sind.

Die grundsätzlichen Bestimmungen werden nun wohl zunächst in jenen Ländern, in welchen bis jetzt im Wege der Landesgesetzgebung Schulaufsichtsgesetze noch nicht zu Stande gekommen sind, von praktischer Bedeutung sein, und dadurch Bestrebungen ein Damm entgegengesetzt werden, welche die alten Verhältnisse in der neuen Form fortzuerhalten versuchten.

Sie haben aber auch für die sämtlichen im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder ihre Bedeutung durch die Grenzlinie, welche sie für etwaige künftige Aenderungen der Landesgesetze über die Schulaufsicht ziehen.

Zu §. 2. Der §. 2 des Entwurfes bestimmt in Uebereinstimmung mit dem §. 13 des Gesetzes vom 25. Mai 1868, dass die näheren Bestimmungen durch die Landesgesetzgebung festzustellen sind, und wurde auch, um die grundsätzlichen Anordnungen für den Landesschulrath zusammenzustellen, aus dem oben citirten Paragraphen des Gesetzes vom 25. Mai 1868 der zweite Absatz desselben hier aufgenommen, nach welchem durch das Landesgesetz zu bestimmen ist, ob auch Abgeordnete bedeutender Gemeinden in den Landesschulrath einzutreten haben.

Zu §. 3. Durch die Bestimmung des §. 11 des Gesetzes vom 25. Mai 1868, dass an die Schulaufsichtsbehörden der bisherige Wirkungskreis der Landesstelle als Schulbehörde überzugehen habe, wurde auch der bis dahin den politischen Landes-

behörden in Betreff der Mittelschulen zustehende Wirkungskreis an die neuen Schulbehörden übertragen.

Diesen Wirkungskreis der Schulaufsichtsbehörden in Betreff der Mittelschulen über den Wirkungskreis, welcher den politischen Landesbehörden früher zustand, weiter auszudehnen, und rücksichtlich deren Competenz gegenüber dem Unterrichtsministerium zu erweitern, konnte der Ausschuss in Hinblick auf die dem Unterrichtsministerium obliegende Verantwortung nicht für zweckmässig erachten; insbesondere bedenklich erschien es aber, wenn rücksichtlich der Gymnasien, für welche doch die Festsetzung der Grundsätze des Unterrichtswesens der Reichsgesetzgebung allein zusteht, selbst auch dann, wenn sie als Staatsanstalten auf Staatskosten erhalten werden, die Ernennung und Dienstesbehandlung der Directoren und Lehrer von einem Landesschulrathе ausgeübt wird, wie dies von dem Landesschulrathе in Lemberg rücksichtlich der Staatsgymnasien in Galizien der Fall ist.

Hiedurch entgeht thatsächlich dem Unterrichtsminister jener Einfluss auf diese Anstalten und jene Verbindung mit denselben, deren er bedarf, wenn die ihm obliegende Verantwortlichkeit für die Beschaffenheit dieser Schulen zur Wahrheit werden soll.

Der Ausschuss konnte sich diesen Bedenken umsoweniger verschliessen, als das hohe Abgeordnetenhaus selbst denselben anlässlich der Budgetdebatte durch die rücksichtlich des galizischen Landesschulrathes gefasste Resolution Ausdruck gegeben hat.

Der Ausschuss hielt sich darum, lag auch ein specieller Antrag des Dr. Wildauer und Genossen in dieser Richtung nicht vor, verpflichtet, da ihm von dem hohen Hause die Aufgabe geworden war, die erforderlichen ergänzenden Bestimmungen über die Schulaufsicht in Erwägung zu ziehen, im §. 3 des Entwurfes eine grundsätzliche Bestimmung dahin zu beantragen, dass, wie dies ohnehin in allen Ländern ausser Galizien in Geltung ist, die Ernennung und Dienstesbehand-

lung der Lehrer an den Staatsgymnasien dem Unterrichtsminister zustehen, die Ernennung der Directoren aber dem Kaiser vorbehalten sein soll.

Zu §§. 4 und 5. Diese Paragraphen, und zwar ersterer in Hinsicht auf das zu §. 1 Gesagte bedürfen keiner weiteren Begründung.

Zu §. 6. Der Ausschuss ist der Ueberzeugung, dass, insolange die Landesgesetzgebung die erforderlichen näheren Bestimmungen zur Durchführung der reichsgesetzlichen Grundsätze über die Schulaufsicht in einem Lande zu treffen unterlässt, die Regierung nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet ist, die erforderlichen Verfügungen vorläufig zu treffen, insoweit solche zum Zustandekommen einer angemessenen Schulaufsicht im Sinne der Reichsgesetze nothwendig sind.

Die Competenz hiezu ergibt sich daraus, dass es sich um die der Regierung zustehende Durchführung der nach lit. 1 des §. 11 des Staatsgrundgesetzes über die Reichsvertretung von dieser festgesetzten Grundzüge der Organisirung von Verwaltungsbehörden handelt und hiedurch nicht in den verfassungsmässig der Landesvertretung zustehenden Wirkungskreis eingegriffen wird.

Es kann aber auch nicht angehen, dass es dem Belieben eines einzelnen Landtages anheim gegeben bleibt, ob die von Reichswegen für die Schulverwaltungsbehörden gegebenen Grundzüge zur Ausführung gebracht werden oder nicht.

Es wurde darum auch in dem §. 6 der Unterrichtsminister verpflichtet, bis zum Zustandekommen der betreffenden Landesgesetze die erforderlichen Verfügungen in Betreff der Schulaufsicht zu treffen.

Der Ausschuss erlaubt sich zu beantragen: das hohe Abgeordnetenhaus wolle dem beigeschlossenen Gesetzentwurfe seine Zustimmung ertheilen.

3.

Der Entwurf des Ausschusses stimmt in den meisten Punkten mit dem Antrage Wildauers überein; er schliesst sich nur in seiner Fassung näher an das Gesetz vom 25. Mai 1868. — Der §. 3 hingegen enthält eine wesentliche Erweiterung des ursprünglichen Antrages.

Im Interesse des Reiches haben wir alle Ursache, auch diese Erweiterung mit Freuden zu begrüßen.

Die Bestimmung über die Ernennung der Directoren und Professoren an Staatsgymnasien ist gegen den galizischen Landesschulrath gerichtet, welcher seit 1867 das abnorme Privilegium besitzt, Directoren und Professoren zu ernennen.

Dieses Privilegium hat zu Missständen in der Unterrichtsverwaltung geführt, so dass der Budgetausschuss 1874 sich veranlasst fand, dem Abgeordnetenhouse folgende Resolution vorzuschlagen:

„Die Regierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, dass dem Landesschulrath für Galizien bezüglich seiner Zusammensetzung und seines Wirkungskreises jene Einrichtung gegeben werde, welche durch das Gesetz vom 25. Mai 1868 den Landesschulräthen der übrigen Kronländer des Reiches gegeben worden ist.“

In dieser Resolution lag die Aufforderung für den Ausschuss, wenigstens die einschneidendste Anomalie in dem Wirkungskreise des galizischen Landesschulrathes auf gesetzlichem Wege zu beheben.

Orts- und Bezirksschulrath sind in Galizien nach Art der übrigen Länder gesetzlich organisirt; der Landesschulrath aber besteht nicht Kraft eines Gesetzes, sondern wurde durch ein Regulativ ins Leben gerufen, welches 1867 durch die Statthalterei kundgemacht wurde.

Die Reichsgesetzgebung hat bisher dieses Regulativ ausdrücklich unberührt gelassen, aber dadurch nicht zugleich als Gesetz anerkannt. — Nun erheischen die Verhältnisse gebieterisch eine gesetzliche Ordnung, welche der Stellung Galiziens zum Reiche entspricht. — Dem Kaiser und dem Reiche sollen jene Rechte auch in Galizien zustehen, welche allüberall zur Prärogative der Reichsgewalt gehören. — Die Landesinteressen sind dadurch in keiner Weise gefährdet, denn der Landesschulrath wird auch bei Ernennungen durch das Ministerium immer mitzuwirken haben; mit den Interessen des Reiches aber ist ein Privilegium, wie es Galizien besitzt, geradezu unvereinbar. — Selbst Abgeordnete aus Galizien (die ruthenischen) erkennen dies an; nur die Polen vertheidigen die Vorrechte des Landesschulrathes mit einem Eifer, als ob es sich um ihre nationale Existenz handelte.

Dem Lande Tirol bringt das Gesetz die Befreiung aus den Banden der politischen Schulverfassung, in welchen es durch die Landtagsmajorität festgehalten wird. — Es gibt dem Reiche die Mittel an die Hand, seine Grundsätze auch dort zur Geltung zu bringen, wo die Landesvertretung in bedauerlicher Verkennung des Volkswohles ihrer Durchführung hartnäckig entgegentritt. — In allen Reichslanden gibt die wachsende Theilnahme des Volkes an der Schule Zeugniß von den segensreichen Wirkungen der staatlichen Schulaufsicht: jeder Freund des Landes Tirol muss wünschen, dass auch dieses Land der Wohlthat theilhaftig, und der Ruf des biedern Volkes nicht mehr durch brutale Excesse Bethörter befleckt werde.

Die polnische und clericale Partei liebt es, die Competenz des Reichsrathes in dieser Frage zu bestreiten, weil durch Bestimmungen über Bezirk- und Ortsschulrath in die Rechte der Landesgesetzgebung eingegriffen werde. — Der Ausschuss war in seiner Majorität keinen Augenblick im Zweifel über die Competenz, und er zählte Männer unter seinen Mitgliedern, welche bei Abfassung des Gesetzes vom 25. Mai 1868 mitgewirkt haben. — Damals waren es Opportunitätsgründe, welche

das Abgeordnetenhaus bestimmten, bezüglich des Bezirks- und Ortsschulrathes selbst grundsätzliche Bestimmungen den Landtagen zu überlassen. — Nun erheischt es das Interesse des Reiches, wie der Länder, dass auch bezüglich dieser Schulbehörden durch ein Reichsgesetz vorgesorgt werde. — So ist es nicht bloss das Recht, sondern eine dringende Pflicht der Reichsvertretung, die Lücken der frühern Gesetzgebung auszufüllen. Man kann von ihr nur erwarten, dass sie bereits bestehende Landesgesetze achte. — Der Ausschuss hat seine Aufgabe in der richtigsten Weise dadurch gelöst, dass er Bestimmungen über die Organisation der Bezirks- und Ortsschulräthe, welche allen Landesgesetzen gemeinsam sind, in das Reichsgesetz aufnahm. — Das Reich führt also den Gesamtwillen der Länder aus, und fordert nur, dass auch Tirol und Galizien sich dem nicht entziehen, was sonst zur Signatur des Reiches gehört; denn auch der §. 3 formulirt nur, was in allen österreichischen Ländern zu Recht besteht, ohne bisher in einem Reichsgesetze ausgesprochen zu sein.

Die Kraft des Reiches beruht in dem, was allen Ländern gemeinsam ist, und nur zwingende Gründe könnten eine Ausnahme rechtfertigen. — Solche sprechen weder für Tirol noch für Galizien.

Wahrlich, nur reichs- und schulfeindliche Parteien können es sein, welche diesem Gesetzentwurfe die Zustimmung versagen, und es zeugt von einer traurigen Verstocktheit, wenn das Interesse, nicht der Länder, sondern einzelner Parteien in den Ländern höher gestellt wird, als des Reiches und des Volkes Wohlfahrt.

Das weitere Schicksal des Reichsgesetzes für Schulaufsicht scheint diese Wahrnehmung bestätigen zu wollen.

Am 26. Februar stand die zweite Lesung des Wildauer'schen Antrages auf der Tagesordnung des Abgeordnetenhauses, kam aber nicht an die Reihe, weil die Zeit mit andern Debatten ausgefüllt wurde. — Am 27. Februar war der Gegenstand von

der Tagesordnung verschwunden. Am 28. Februar berief der Ministerpräsident Fürst A u e r s p e r g jene Abgeordnetenconferenz, welche die Vertagung der Verhandlung über das Reichsgesetz für Schulaufsicht guthiess. — Nach authentischen Mittheilungen war es der Präsident des Abgeordnetenhauses Dr. R e c h b a u e r, der erklärte, dass er, in Würdigung des Werthes dieser Vorlage, dieselbe auf die Tagesordnung gesetzt habe, dass ihm aber seitdem Umstände bekannt geworden seien, welche eine Vertagung der Berathung bis zum Herbste wünschenswerth erscheinen lassen. Obwohl Dr. Wildauer und Dr. Herbst sich gegen die Vertagung aussprachen, stimmte die Majorität doch der Anschauung des Präsidenten Dr. Rechbauer bei. — Nur Prof. Dr. Eduard Suess stellte an den Unterrichtsminister die bedeutungsvolle Frage, ob die Regierung, falls der Tiroler Landtag in der Zwischenzeit ein Schulgesetz votiren sollte, das mit den Principien der jetzt fraglichen Gesetzesvorlage im Widerspruch stünde, die Sanctionirung durch den Kaiser beantragen würde. — Wie man berichtet, wurde diese Frage vom Minister mit aller Entschiedenheit verneint.

Dunkel blieben nur die Umstände, welche den Präsidenten des Abgeordnetenhauses bestimmten, den Gegenstand von der Tagesordnung abzusetzen, und welche dem Ministerium den Wunsch aufdrängten, die Lösung einer für das Reich so wichtigen Frage wenigstens auf einige Zeit verschoben zu sehen.

Man erzählte sich zwar, die Polen und die Clericalen hätten mit dem Austritte aus dem Reichsrathe gedroht, wenn dieser Gesetzentwurf angenommen würde, und das Ministerium wolle um jeden Preis staatsrechtliche Conflictte vermeiden. Wenn dies die Umstände waren, welche das Schicksal des Wildauer'schen Antrages entschieden, dann liegt darin thatsächlich, wie Dr. Herbst bemerkte, eine Niederlage des Abgeordnetenhauses, ein Sieg der Reichsgegner über die Reichsfreunde. — Welche Stellung nimmt eine Reichsvertretung ein,

welche durch die unmotivirte Drohung einer Minorität in ihrer Action sich aufhalten lässt? Das direct gewählte Parlament ist mehr als das frühere berufen, die staatsrechtliche Frage endgiltig zu lösen. Treibt es die Opposition zum äussersten, so hat sie auch ihr Schicksal besiegelt. — Wir haben grösseres Vertrauen auf die Zukunft Oesterreichs, als dass wir eine ernstliche Gefährdung des Gesamtstaates durch widerstrebende Elemente im Innern fürchten zu müssen glaubten.

Wer vom Reiche sich lossagen will, wenn kein Landesinteresse verletzt wurde, sondern nur ein Parteiinteresse auf dem Spiele steht, verurtheilt sich selbst, und an dem engherzigen Parteiinteresse wird nach und nach die ganze staatsrechtliche Opposition ersticken. — Man wage es nur die Fahne des Reiches überall hochzuhalten, und es werden sich die naturkräftigen Elemente allüberall um dieselbe scharen.

Die directe Wahl hat der Reichsvertretung und dem Reichsgedanken neue Kraft gegeben und die Opposition in einem Grade gelähmt, dass dieselbe keine Aussicht mehr hat, zu dominirender Geltung zu gelangen. Eine Stärke könnte sie nur gewinnen, wenn sie factische Interessen der Länder zu vertheidigen hätte. So lange diese aber, wie in diesem Falle, durch das Reich am besten geschützt werden, ist dies nicht zu besorgen.

Wenn das Abgeordnetenhaus im Herbst wieder zusammentritt, wird es im Bewusstsein seiner Pflicht in die Berathung des neuen Reichsgesetzes für Schulaufsicht eingehen. Das Resultat kann bei der gegenwärtigen Stellung der Parteien kaum zweifelhaft sein.

Es wird das Interesse des Staates gegenüber der Kirche, des Reiches gegenüber den Ländern mit Nachdruck gewahrt werden. — Und wenn die geheimnisvollen Umstände über die Reichsregierung nicht etwa einen unlöslichen Bann verhängt haben, wird sie keinen Augenblick zögern können, ihren Standpunkt auch der staatsrechtlichen Opposition gegenüber mit Entschiedenheit zu wahren.

Das Volk in Tirol wird sich überzeugen, dass das neue Gesetz ihm keinen Nachtheil, sondern nur jene Vortheile bringt, welche ihm die clericale Landtagsmajorität vorenthält. — Auch die Polen Galiziens werden zugeben müssen, dass sie in der That nichts einbüßen, wenn sie dem Kaiser geben, was in Oesterreich des Kaisers ist.

Der Gesamtstaat aber wird durch das Reichsgesetz für Schulaufsicht neue Kräftigung erhalten.

Verlag von **Alfred Hölder**, k. k. Universitäts-Buchhändler
Rothenthurmstrasse 15.

Vorschule der Aesthetik

von

Dr. Alois Egger

Professor am k. k. Akadem. Gymnasium.

Mit 30 in den Text gedruckten Original-Holzschnitten.

fl. 1.90 — 3 M. 80 pf.

S m y r n a.

Mit besonderer Rücksicht auf die geographischen, wirthschaftlichen und intellectuellen Verhältnisse von Vorder- und Kleinasien.

Bearbeitet im Vereine mit den Herren Ingenieur Humann und Kaufmann Stöckel

von

Dr. Carl v. Scherzer

K. u. k. General-Consul in Smyrna.

Mit 1 Karte, 5 Tabellen und einem Anhang.

1873. gr. 8. fl. 5 — 10 M.

Oesterreich in Ziffern.

Beitrag zur Cultur- und Sittengeschichte, sowie zur Kenntniss des Bevölkerungs- und wirthschaftlichen Verhältnisses der im Reichsrathe vertretenen Länder

von

Dr. Glatter

Director des communalen statist. Bureaus, Docent an der Universität, Mitglied mehrerer gelehrten Gesellschaften.

I. 1872. 8. fl. 1.20 — 2 M. 40 pf.

Der

Bildungswerth und die Reformbedürftigkeit

des österreichischen

Realschul-Unterrichtes der Gegenwart

von

Dr. Richard Rotter.

1873. gr. 8. 60 kr. — 1 M. 20 pf.

Verlag von **Alfred Hölder**, k. k. Universitäts-Buchhändler
Rothenthurmstrasse 15.

Verlag von Alfred Hölder, k. k. Universitäts-Buchhändler

Rothenthurmstrasse 15.

Statistische Monatschrift,

herausgegeben vom Bureau

der k. k. statistischen Central-Commission in Wien.

I. Jahrgang.

Das immer mächtiger sich entfaltende Leben stellt an die Statistik Anforderungen, wie nie zuvor. Nicht schnell genug können die Ergebnisse aller Zweige des Staats- und Volkslebens zu allgemeiner Kenntniss gebracht werden, um auf Grundlage des Bestehenden den Massstab zu weiterer Entwicklung zu gewinnen.

Die amtliche Statistik Oesterreichs war von jeher beflissen, dieser Aufgabe nach Kräften zu entsprechen. Je mehr sich aber das Bedürfniss fühlbar machte, die Kenntniss der gewonnenen Beobachtungen in weiten Kreisen zu verbreiten, um so klarer zeigte es sich, dass es an einem geeigneten Organe dazu fehle.

Es werden desshalb die bisher in zwangslosen Heften herausgegebenen „Mittheilungen aus dem Gebiete der Statistik“ in eine regelmässig erscheinende statistische Monatschrift umgestaltet, welche neben wissenschaftlichen Abhandlungen besonders die Ergebnisse der jüngsten Zeit und die einschlägige Literatur berücksichtigen wird.

Bei der Wichtigkeit, welche heutzutage die statistische Wissenschaft für alle Zweige des öffentlichen Lebens erlangt hat, bei dem steigenden und rasch sich ausbreitenden Interesse an derselben muss eine Zeitschrift wie die vorstehende, welche die Resultate der neuesten statistischen Forschungen jederzeit schnell weiten Kreisen zugänglich machen wird, nicht nur von Fachmännern, sondern auch im grossen Publicum, besonders aber vom Handelsstande mit Freuden begrüsst werden.

Pünktliches Erscheinen und die regelmässige Publication der neuesten Daten und Beobachtungen werden die Statistische Monatschrift besonders für Gross-Industrielle, Eisenbahnverwaltungen, Actiengesellschaften jeden Genres, Sparcassen, Mittelschulen, für Handelskammern, Gewerbevereine, Stadtgemeinde-Vorstände werthvoll machen und ihr zahlreiche Freunde erwerben.

Der Preis eines Jahrganges von 12 Monatsheften ist fl. 4.80 ö. W. = 9.60 Reichsmark; alle Buchhandlungen des In- und Auslandes nehmen Bestellungen an.

Der Kindergarten.

Theoretisch-praktisches Handbuch

von

A. S. Fischer

Director der ersten Bildungs-Anstalt für Kindergärtnerinnen in Wien.

Mit 2 Holzschnitten und 19 lithographirten Tafeln.

1873. gr. 8. fl. 1.80 — 3 M. 60 pf.

Allgemeine Ethnographie

von

Dr. Friedr. Müller

Professor an der Universität, Mitglied der kais. Akademie der Wissenschaften etc.

1873. gr. 8. fl. 5.60 — 11 M. 20 pf.

Die Geologie der österreichisch-ungarischen Monarchie.

Von

Franz Ritter von Hauer,

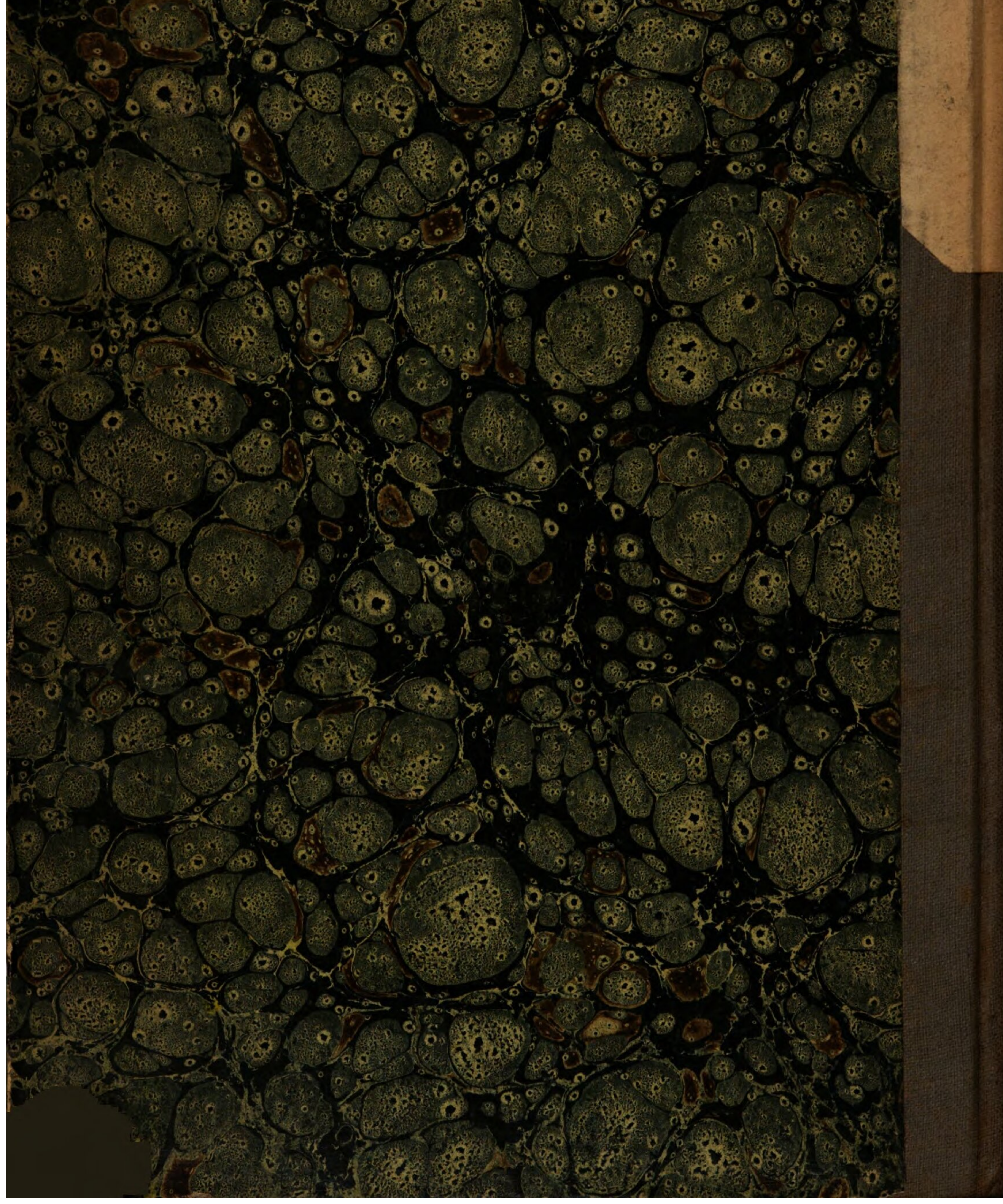
Director der k. k. Geologischen Reichsanstalt in Wien.

44 Druckbogen mit 655 Original-Holzschnitten. Preis fl. 9.20 = 18 M. 40 Pf.

Von dem als ausgezeichneten Geologe bekannten Verfasser werden hier die so interessanten geologischen Verhältnisse Oesterreich-Ungarns, namentlich der Alpen- und Karpathenländer, zum erstenmale geschildert, und die Leser zugleich in ansprechendster, leichtfasslicher Weise zur Kenntniss einer Wissenschaft geführt, deren Grundlagen heute keinem Gebildeten mehr fremd bleiben sollten. Fesselnder Inhalt in vollendeter Form, vorzügliche Ausstattung und Reichthum an Illustrationen werden dem Buche in allen gebildeten Kreisen Eingang verschaffen.

Verlag von Alfred Hölder, k. k. Universitäts-Buchhändler

Rothenthurmstrasse 15.



Zur Geschichte der Oesterreichischen Schulreform bildet no. VI von:
Volksbildung u. Schulwesen. Herausgeg. von Alois Egger

Wien 1875

Paed.th. 1608

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11320209-1